

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Weinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ch. Steinbrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Pettteile oder deren Raum 68 Pfg.
Bergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Unverbesserliche Schwäger.

Die gegnerische Presse kann gießert wieder einmal weiblich über die ach so vernünftigen Gewerkschaftsführer und Gewerkschaftsblätter, deren Bestreben darauf gerichtet ist, „die Masse für eine ruhigere und diszipliniertere Taktik bei Lohnbewegungen zu gewinnen“, während die politischen Führer, welche die wahre Beschaffenheit der Masse gar nicht kennen, nur immer darauflos hehen. Das Sprüchlein, das hier von der Firsch-Dunckerschens- und Zentrumspreffe vor-gefasst wird, ist aber nicht neu, seit einem Jahrzehnt schon wird es von dieser und der nationalsozialen Presse immer wieder hergeleiert, rühmt man die maßvolle Haltung und Weitblickigkeit der Gewerkschaftsführer, schmährt man die politischen Führer ob ihrer verhehenden, maßlosen Agitation.

Es liegt System in diesem Lob und in dieser fortgesetzten Schmähung, damit ist im Grunde nichts weiter als eine gegenseitige Entfremdung der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung beabsichtigt. Da ein Erfolg dieser publizistischen Machtschläge bisher nicht eingestuft hat, da Gewerkschaften und Partei eins sind und bei jeder Gelegenheit den festen Willen zum Ausdruck gebracht haben, eins zu bleiben, könnten wir uns jedes Eingehens auf diese Kanne-gießereien enthalten, wenn nicht gerade wir diesmal zum Mittelpunkt der gegnerischen Erörterungen über die vernünftige Gewerkschafts- und die unvernünftige Parteitaktik gemacht worden wären.

Wir haben in Nr. 8 unserer Zeitung in einem Artikel „Zur Lohnbewegung“ die Kollegen unter anderem auch er-mahnt, von vornherein von Lohnbewegungen abzusehen, bei denen man nicht mit einiger Sicherheit auf einen Erfolg rechnen könne. Die Ermunterungstreits seien von gut ge-leiteten Gewerkschaften schon lange verpönt; die Kollegen sollten deshalb nur da Kämpfe führen, wo sie einigermaßen organisiert und geschult, wo ein Streikerfolg möglich und auch dauernd zu erhalten sei. Das erregt nun das auß-ordenliche Entzücken unserer lieben Gegner: da könne man wieder einmal sehen, welch gesunder Sinn sich in den Ge-werkschaften Bahn breche, die Gewerkschaftsführer paßten sich immer mehr den Verhältnissen an, aber die politischen Führer, die seien nun einmal zu einer gesunden und erfolg-versprechenden Realpolitik nicht zu bewegen.

Was ein einfacher Leitartikel in den Köpfen unserer Gegner nicht manchmal für Unheil anrichten kann! Was wir in dem angeführten Artikel gesagt haben und so großes Entzücken unter unseren Gegnern verursacht hat, ist seit rund zehn Jahren Gemeingut unserer Organisation. Jahr für Jahr und immer wieder sind diese Ansichten beim Beginn der Lohnbewegungskampagne in unserer Zeitung vertreten worden, und zwar schon zu einer Zeit, als noch unser Freund Mölle allein die Redaktionsgeschäfte versah. Und nicht nur das, unsere Organisationsleitung hat auch nach diesen Grund-sätzen seit einem Jahrzehnt gehandelt. Rücksichtslos werden von ihr sogenannte Ermunterungstreits, werden Streiks wegen ungenügender Organisation unserer Kollegen abge-lehnt. Und abgelehnte Streiks werden von unserer Organi-sation bekanntlich auch nicht unterstützt und fallen danach, wenn sie doch wider den Willen der Organisationsleitung inszeniert werden, schon nach kurzer Zeit in sich selbst zusammen.

Ebenso wird von uns schon seit Jahren die Unterstützung solcher Streiks grundsätzlich abgelehnt, die ohne Wissen der Organisationsleitung eingeleitet worden sind. Unsere jahr-zehntelange rege Lohnbewegung hat uns frühzeitig erkennen lassen, daß Disziplin ein Hauptfordernis einer erfolgreichen Bewegung ist. Frühzeitig sind für die Durchführung der Lohnbewegungen im Streikreglement feste Regeln getroffen worden, und wer diese Regeln verlehrt, wer vor allen Dingen bei Inszenierung von Lohnbewegungen oder gar Streiks die Verbandsleitung beharrlich ignoriert, der verfährt disziplin-widrig, der handelt gegen die einfachsten Vorbedingungen einer erfolgreichen Bewegung und er kann deshalb nur auf die Mißbilligung der Verbandsleitung und mit ihr der Ge-samtorganisation rechnen.

Anderwärts wird bei uns nie verfahren, und zwar ist das nicht erst die Taktik von heute, — diese Taktik ist seit Mitte der neunziger Jahre bei uns üblich, sie hat sich als die allein richtige erwiesen, sie hat sich in vielen Hunderten Lohn-

bewegungen bewährt und ist von uns stets auch publizistisch vertreten worden. Das brauchen unsere werten Gegner ja alles nicht zu wissen, sie haben ja nun einmal das unver-äußerliche Recht, daß sie über Dinge schreiben dürfen, von denen sie nichts verstehen; und sie machen von diesem Rechte auch weitgehenden Gebrauch.

Unsere Taktik, die sich auf eine strenge gewerkschaftliche Disziplin stützt, ist übrigens die Taktik aller deutschen Ge-werkschaften, vielleicht mit der einzigen Ausnahme des Ge-meindearbeiterverbandes. Über dessen Streiktaktik sind aber irgend welche Mitteilungen nicht an die Öffentlichkeit ge-drungen; man weiß nur, daß er unter der Leitung des Herrn Dr. Poersch unseligen Angebens Streiks überhaupt nicht geführt hat, welcher Tatsache sich ja der Herr dem Berliner Oberbürgermeister gegenüber gerühmt hat.

Auch namhafte politische Arbeiterführer haben sich, wo sie dazu Gelegenheit hatten, im Sinne dieser angeblich so neuen gewerkschaftlichen Taktik ausgesprochen, und wenn doch ein einzelner Parteidirektor unsere Taktik durchkreuzte, so ist er, wie es bei der Elektroausperrung einem Vorwärts-redakteur geschah, von der beteiligten Gewerkschaftsleitung entschieden in seine Grenzen gewiesen worden.

Also bezüglich der Taktik bei Lohnbewegungen herrscht zwischen den Gewerkschafts- und den Parteführern in der großen Hauptsache Übereinstimmung — die Differenzen, die zwischen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiter-bewegung von Zeit zu Zeit entstehen, liegen tatsächlich auf einem ganz anderen Gebiet —, nicht aber herrscht über diese unsere Taktik im gegnerischen Lager Übereinstimmung. Die-selben Gegner nämlich, die uns bei jeder möglichen und un-möglichen Gelegenheit wegen unserer maßvollen und ziel-bewussten Taktik über den grünen Klee loben, greifen uns oft genug wegen unseres taktvollen Verhaltens bei Lohn-bewegungen an, und zwar zu dem ausgesprochenen Zwecke, die Disziplin in unseren eigenen Reihen zu untergraben und die „blinde Masse“ gegen uns aufzuheben.

Wir haben dieses Faktum in letzter Zeit wiederholt fest-stellen können. Da wurden erst in letzter Zeit von unserer Organisation einige Bewegungen rundweg abgelehnt, deren Bewilligung nichts weiter als eine Konzession an die Dis-ziplinlosigkeit bedeutet haben würde. Wie haben da unsere Gegner über den mächtigen Holzarbeiterverband gehöhnt, der doch, wie wir Beispielhaft zeigen, nicht einmal in der Lage sei, ein paar Hundert Arbeiter freier zu lassen! Je eher, je lieber müßte man eine solche Organisation, die den Mit-gliedern Steine statt Brot reiche, verleugnen. Das sagten dieselben Organe, die wußten, daß wir diese Bewegungen nur deshalb nicht bewilligt hatten, weil sie allen Regeln einer guten Streiktaktik zuwider ohne Wissen und Genehmi-gung der Verbandsleitung inszeniert worden waren. Die-selben Gegner, die uns immer und immer wieder wegen unserer maßvollen Gewerkschaftstaktik loben.

Dieses Beispiel zeigt uns so recht, was wir von unseren lieben Gegnern zu halten haben, die uns wegen unserer neuen, ach so alten Gewerkschaftstaktik loben, während sie uns im gleichen Atemzug ob dieser Taktik schmähren. Diese Sorte Gegner haben wir schon lange erkannt, sie sind uns lange schon bekannt — als unverbesserliche Schwäger!

Der Kampf um die Volksschule.

I.

Es sind nun schon 30 Jahre her, als der alte, frei-heitlich gesinnte Lehrer und Volksmann Eduard Sack zwei Bücher auf den Markt warf, die den Titel führten: „Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit“ und „Unsere Schulen im Dienste für die Freiheit“. Der Verfasser, den die reaktionären Behörden aus seinem Schulumt heraus-gedrängt hatten, schilderte auf Grund seiner reichen Er-fahrung die volksfeindliche Rolle, die unsere Volksschulen nach der Absicht der Regierungen zu spielen berufen sind. Unter Beibringung eines erdrückenden Beweismaterials wies er nach, daß die Volksschulen den Zweck verfolgten, die heranwachsende Generation in den Dienst der Unfreiheit und der Reaktion zu stellen; die Kinder des Volkes sollten im Geiste der Knechtschaft und des Byzantinismus erzogen, der Geist der Freiheit und des Fortschritts sollte in ihnen erstickt werden. Zum Glück für die Entwicklung des Volkes

gibt das spätere Leben den jungen Leuten vielfach eine andere Richtung und treibt sie in die Bahnen der freien Weltanschauung — wobei wir nicht vergessen dürfen, daß Millionen von Menschen zeitlebens nicht über die Jugend-eindrücke empormachsen —, aber der Absicht nach will die Schule die Jugend zu Herdenmenschen und Menschen mit slavischer Gesinnung erziehen. Daher denn auch der klaffende Zwiespalt zwischen der Schule und dem Leben, zwischen der Weltanschauung, die uns die Schule gibt, und der Welt-anschauung, die uns das Leben lehrt; daher denn auch die schmerzhafteste Arbeit, die notwendig ist für einen vorwärts-strebenden Menschen, um das wieder aus seinem Innern herauszubringen, was die Schule an Vorurteilen und Wahn-gebilden hineingepflanzt hatte. „Einen Wahn verlieren ist besser, als eine Wahrheit finden“, behauptet Ludwig Börne, und wie manchen Wahn muß der in unseren Volksschulen erzogene Arbeiter über Bord werfen, bevor er die im modernen Sozialismus steckende Wahrheit finden kann!

„Die Volksschule dient (richtiger: soll dienen) der gesunden Erziehung und dem Unterricht des Volkes, dessen Kinder in ihr zu geraden, wahrheitsliebenden Charakteren; zu selbstständig denkenden und für das Allgemeininteresse opfer-sfähigen Menschen sowie zu Mitarbeitern im großen Wirt-schaftsleben herangezogen werden sollen, die über das Wichtigste in Natur und Gesellschaftsleben unterrichtet und mit den notwendigsten Bildungsmitteln so ausgerüstet sind, daß sie damit im Kampfe ums Dasein bestehen können. In Deutschland werden jedoch die sachgemäßen Einrichtungen zur Erreichung des Hauptzwecks der Volksschule noch so sehr von Mitteln zum Mißbrauch der Volksschule zu fremden Zwecken überruchert, daß man oft jene unter diesen kaum noch erkennen kann.“ In diesen Worten hebt Max Duard („Kommunale Schulpolitik“, Buchhandlung Vor-wärts, Berlin. Preis 50 Pf.) sehr treffend Theorie und Praxis der Schulpolitik hervor. Reim theoretisch wird die Volksschule hingestellt als eine Einrichtung, um die Kinder zum Denken, zur Urteilsfähigkeit und zum selbstbewußten Handeln zu erziehen, in der Praxis wirkt sie als Ver-dummungs- und Entmannungsanstalt; theoretisch soll die Schule freie Menschen und kräftige Charaktere bilden, in der Praxis predigt sie Sklavengesinnung und Sklavemoral.

Das hat Eduard Sack schon vor 30 Jahren nachgewiesen zum Entzücken des damaligen Publikums, und das trifft auch noch heute zu. Ja, heute noch viel mehr als damals. In den siebziger Jahren spielte sich die deutsche Bourgeoisie noch als freidenkerisch auf, und selbst die Behörden hatten auf religiösem Gebiet freiheitliche Anwendungen. Es war die Zeit des Kulturkampfes, in der man den Einfluß der Geislichkeit auf die Schule eindämmen wollte; damals wollte man wenigstens in religiöser Beziehung die Schule einem freieren Luftzug öffnen; damals schwärmte man für konfessionslose Schulen und für weltlichen Unterricht. Die Bourgeoisie und die Behörden sind nun fromm geworden. „Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben!“ ist ihr Motto, und deshalb wollen sie die Schule ganz der Kirche ausliefern.

Friedrich Nietzsche hat in seinem „Zarathustra“ diese Wandlung der Bourgeoisie gut gekennzeichnet, wenn er von den „fehlervollen Duckmäusern“ sprach, die ihren Kopf täglich „tiefer in Nacht und Dunst“ stecken und sprechen: „Lasset uns wieder werden wie die Kinder... Passen diese Worte nicht ganz genau auf die heutigen Verhältnisse? Ist es nicht eine Tatsache, daß unsere Bourgeoisie ihren Kopf immer tiefer in Nacht und Dunst stecken muß, während die Reaktion triumphiert? Wenn irgend etwas für die Wahrheit der Nietzschesche Worte spricht, so ist es die Entwicklung, die die Volksschulpolitik in Deutschland, speziell in Preußen in den letzten Jahren ge-nommen hat. Die „Frommen im Lande“ spielen die erste Rolle. Und da strecken sie ihre Finger aus nach der Volksschule, die sie wieder ganz unter ihre Fuchtel bringen wollen. Die Volksschule soll zu einer Dienerin der Kirche und jeder freie Geist soll daraus ver-drängt werden. „Die Schule soll euch nicht für das irdische Leben vorbereiten“, sagte ein preussischer Pfarrer und Schul-inspektor bei einer Schuleinweihung, „sondern für das jen-seitige, für den Himmel. Ihr sollt daher in erster Linie in der Religion unterrichtet werden. Vom Rechnen braucht ihr nur so viel zu lernen, um später einmal nicht mehr aus-zugeben, als ihr einnehmen werdet. In die Geheimnisse der Schreibkunst braucht ihr nicht weiter einzudringen, es ge-nügt, wenn ihr einst, von den Eltern entfernt, ihnen schreiben könnt, daß es euch gut oder schlecht geht; alles andere ist vom Übel. Religion ist und bleibt die Haupt-sache.“ Was dieser Pfarrer in seiner Borntheit mit zynischer Offenheit ausgeplaudert hat, das denken Tausende und aber

Laufende seiner Kollegen, die aber zu schlau sind, um es offen auszusprechen.

Wer nicht nur zu religiösen Zwecken wird die Volksschule mißbraucht, sondern die Absicht der Herren der Schule geht auch dahin, für die Zwecke der kapitalistischen Gesellschaftsordnung daraus Kapital zu schlagen. Der ganze Schulunterricht ist darauf zugeschnitten, den Kindern des Volkes die Überzeugung einzutrichtern, daß der heutige Staat mit dem angestammten Fürsten an der Spitze ein Hort des Rechtes und eine Burg der Freiheit sei. Besonders in der Gegenwart, in der die sozialen Gegensätze so klaffend sind, will man die Jugend zu guten Staatsbürgern, zu zufriedenen Untertanen und zu treuen Fürstendienern erziehen; zugleich will man durch diese Erziehung den Umsturz bekämpfen und dem Sozialismus den Kopf zertreten. Abgesehen von dem Religionsunterricht wird der Geschichtsunterricht als ein wirksames Mittel betrachtet in dieser Beziehung. Mit anerkannter Deutlichkeit spricht dies ein Schreiben aus, das der König von Preußen im Jahre 1889 an das Staatsministerium richtete; es hieß darin: „Die vaterländische Geschichte wird insbesondere auch die Geschichte unserer sozialen und wirtschaftlichen Gesetzgebung und Entwicklung seit dem Beginn dieses Jahrhunderts bis zu der gegenwärtigen sozialpolitischen Gesetzgebung zu behandeln haben, um zu zeigen, wie die Monarchen Preußens es von jeher als ihre besondere Aufgabe betrachtet haben, der auf die Arbeit ihrer Hände angewiesenen Bevölkerung den landesväterlichen Schutz angedeihen zu lassen und ihr leibliches und geistliches Wohl zu heben, und wie auch in Zukunft die Arbeiter Gerechtigkeit und Sicherheit ihres Erwerbes nur unter dem Schutze und der Fürsorge des Königs an der Spitze eines geordneten Staates zu erwarten haben. Insbesondere vom Standpunkt der Nützlichkeit, durch Darlegung einschlagender Verhältnisse wird schon der Jugend klar gemacht werden können, daß ein geordnetes Staatswesen mit einer sicheren monarchischen Leitung die unerlässliche Vorbedingung für den Schutz und das Gedeihen des einzelnen in seiner rechtlichen und wirtschaftlichen Existenz ist, daß dagegen die Lehren der Sozialdemokratie praktisch nicht ausführbar sind und, wenn sie es wären, die Freiheit des einzelnen bis in seine Häuslichkeit hinein einem unerträglichen Zwange unterwerfen würden. Die angeblichen Ideale der Sozialisten sind durch deren eigene Erklärung hinreichend gekennzeichnet, um den Gefühlen und dem praktischen Sinne auch der Jugend als abschreckend geschildert werden zu können.“ Krasser und offener kann der Zweck der heutigen Schule wohl nicht zum Ausdruck gebracht werden. Und da mündet man sich noch über den inneren Zwiespalt zwischen Schule und Haus? und über die Entschiedenheit, mit der das zum Klassenbewußtsein erwachte deutsche Proletariat — bei aller Anerkennung der Schularbeit — die religiösen und parteipolitischen Erziehungstendenzen, die in der Volksschule zutage treten, ablehnt und zurückweist?

Der Deutsche Holzarbeiterverband und die Berufsorganisationen in der Holzindustrie.

Unser Gr.-Mitarbeiter schreibt uns weiter zu diesem Thema: „Mit Konkurrenzorganisationen in einzelnen Spezialbranchen hat der Holzarbeiterverband fast nur in Berlin zu rechnen. Von der christlichen und Hirsch-Dumckerschen Organisation sehen wir zunächst ab, auf diese gehen wir später ein.

In Berlin kommt die Gewerkschaftsvereine in Betracht, welche den „Friedebergischen Gewerkschaften“ als Vorbild für alle Schmerzen der Menschheit empfiehlt und sich über die Unterstützungseinrichtungen der Verbände aufregt. Hier sind zu nennen der „Fachverein der Musikinstrumentenarbeiter“, der „Fachverein der Tischler“ und die Kniestedtsche „Freie Vereinigung der Bürstenmacher Deutschlands“.

Der Fachverein der Musikinstrumentenarbeiter beschränkt sich ausschließlich auf Berlin und zählt rund 600 Mitglieder, der Fachverein der Tischler hat in Berlin zirka 500 Mitglieder, außerdem einige Ableger, von welchen der größte in Nürnberg vielleicht 150 Mitglieder zählt. Der Fachverein der Tischler ist schon heute vollständig bedeutungslos, was jedoch nicht verhindert, daß einige Leute versuchen, das Publikum durch große Worte über diese Tatsache hinwegzutäuschen. Der Fachverein der Musikinstrumentenarbeiter hat die letzten Kämpfe in der Klavierindustrie in Berlin Schulter an Schulter mit unseren Verbandsmitgliedern durchgeföhrt. Wenn man sich seitens des Fachvereins entschließen könnte, sich der Sektion unseres Verbandes anzugliedern, wäre dies ohne Zweifel ein gewaltiger Fortschritt für die Berliner Musikinstrumentenarbeiter. Durch die Zusammenfassung aller Kräfte wäre es dann weit leichter, dem Indifferentismus erfolgreich zu Leibe zu gehen, als dieses heute möglich ist. Auch die Kämpfe in dieser Branche in Berlin würden, wenn sie von einer einheitlichen Organisation geleitet wären, weit erfolgreicher sein als fether. Die Anhänger beider Organisationsrichtungen in der Musikinstrumentenbranche sollten sich stets benußt sein, daß die Verbesserung der Lage der Berufskollegen ihre Hauptaufgabe sein muß. Daß die Mitglieder der Organisation sozialistisch denken und fühlen, daran ist der Verband nicht weniger interessiert als der Fachverein, und Meinungsverschiedenheiten in Fragen, welche die Taktik der Arbeiterschaft auf politischem Gebiet betreffen, können in den politischen Vereinen zum Austrag gebracht werden. Heute wird mancher Indifferente durch den leidigen Streit um die Organisationsform abgehalten, sich überhaupt

zu organisieren. Mancher wird verwirrt, anderen wieder wird Gelegenheit zur Ausrede geboten. Durch eine Vereinigung der beiden Richtungen wären diese Hindernisse, die sich der Agitation entgegenstellen, am wirksamsten beseitigt. Man könnte dann alle Kräfte zusammenfassen, um dem gemeinsamen Ziele zuzustreben, und den Fabrikanten würde bald das bekannte Lachen des „Dritten“ vergehen. Der Holzarbeiterverband als solcher hat kein großes Interesse an der Vereinigung, denn bei seiner Mitgliederzahl spielen 1000 Mann mehr oder weniger keine Rolle, wohl aber müßte diese Frage die Branchenangehörigen in Berlin lebhaft interessieren, und diese sollten ihre Setzungen dazu drängen, wenigstens den Versuch einer Einigung zu machen.

Der Kniestedtsche Bürstenmacherverband hat in letzter Zeit eine Metamorphose durchgemacht. Man hat den beinahe — hundert Mitglieder zählenden Verband aufgelöst, die einzelnen Fachstellen zu selbständigen Vereinen gemacht, unter denen eine lose Verbindung durch die „Geschäftsleitung“ herbeigeföhrt ist. Wenn man zurückdenkt an die Zeit, wo der Macher dieser Organisation in geradezu widerlicher Weise den Holzarbeiterverband besudelte, um die Bürstenmacherkollegen für „seinen“ Verband zu gewinnen, und man sieht ihn heute sein eigenes Werk aufgeben — denn etwas anderes bedeutet diese Umwandlung nicht —, so kann man ein mitleidiges Lächeln nicht unterdrücken. Wie hat er doch gewettert gegen die damals beschlossene Arbeitslosenunterstützung. Zur Versumpfung sollte sie führen, den Verband des Kampfescharakters entkleiden! — Die kurze Spanne Zeit seit der Einführung hat alle diese Behauptungen Lügen gestraft!

Wie zog Kniestedt gegen die hohen Gehälter los, weil diese die Mitglieder zu sehr belästeten. Aus dem kürzlich veröffentlichten Geschäftsbericht des Bürstenmacherverbandes geht nun hervor, daß jedes Mitglied für den Vorstehenden und Kassierer dieser „Organisation“ pro Jahr 40% Pf. zahlen muß, um die gewährte Vergütung aufzubringen, während bei uns für die Befoldung der zwölf angestellten Kollegen im Bureau jedes Verbandsmitglied pro Jahr 17 1/2 Pf. bezahlt. Welche Verwaltung billiger ist für die Mitglieder, dürfte hternach selbst Kniestedt einleuchten. Wo die Interessen der Bürstenmacher am besten gewahrt werden, haben diese längst eingesehen. Sind doch im Holzarbeiterverband heute bereits 8500 Kollegen dieser Branche organisiert. Mancher, der sein Heil bei Kniestedt versuchte, ist längst wieder zu uns zurückgekehrt und andere werden sich zurückfinden um eine Erfahrung reicher, nämlich daß sie drüben ihr Geld und im Holzarbeiterverband durch den Austritt ihre Rechte verloren haben. Nun, der Holzarbeiterverband trägt hieran keine Schuld, mag man Kniestedt für diese Folgen verantwortlich machen. Der Holzarbeiterverband schreitet von Erfolg zu Erfolg trotz der Quertreibereien einzelner Leute!

Neben diesen Organisationen haben wir noch mit dem nach eigener Angabe zirka 10000 Mitglieder zählenden Christlichen Holzarbeiterverband und dem Hirsch-Dumckerschen Gewerkverein zu rechnen. Die „Christen“ haben ihr Tätigkeitsgebiet vornehmlich in Rheinland-Westfalen gesucht, während der Gewerkverein im Osten Deutschlands seinen Anhang gefunden hat. Der Gewerkverein befindet sich gegenwärtig in einer schweren Krise. Die gewaltigen Kämpfe, die unser Verband in den letzten beiden Jahren führen mußte, sind nicht spurlos an der — Kasse des Gewerkvereins vorübergegangen. Der radikale Flügel des Gewerkvereins, die sogenannte Düsseldorfische Richtung, hat seit Jahren den „Harmoniestandpunkt“ der „alten Herren“ bekämpft, und in einer Reihe Orte standen die Gewerkschaftler mit unseren Mitgliedern Schulter an Schulter im Kampfe. Man hatte nur selten der „Düsseldorfier“ beigeföhrt, daß zum Kampfföhren Geld gehört, sogar viel Geld. Und das von den Beiträgen des Gewerkvereins zum Kampfe nicht viel Geld übrig war. Man versuchte es darum mit Extrabeiträgen. Bis dahin hatte man den Mitgliedern erzählt, der Gewerkverein ist mit seinen Beiträgen weit leistungsfähiger als der Holzarbeiterverband. Als man nun mit der Wahrheit herausrückte, weil das Geld alle war, und man sogar eine Anleihe von 20000 Mk. aufgenommen hatte, dämmerte den Mitgliedern auf, daß sie genasführt waren, und eine große Anzahl trat zum Holzarbeiterverband über. In einzelnen Wochen des letzten Jahres sind die Übertritte dazugewesen erfolgt. Nachdem man seitens der Gewerkschaftsleitung einsah, was man angerichtet, versiel man in ein anderes Extrem. Entweder man mußte mehr Geld haben, um die Kämpfe mitmachen zu können, oder man mußte die Kämpfe einschränken. Zur Führung der Kämpfe hatte man sich inzwischen einen „genialen“ Leiter, Herrn Schumacher aus Düsseldorf, angestellt. Höhere Beiträge wollten die Mitglieder nicht zahlen, da traten sie lieber zum Holzarbeiterverband über, darum blieb nichts anderes übrig, als die Kämpfe einzuschränken. Man ließ also die Mitglieder einfach zu Arbeitswilligen werden. Wir verweisen hier auf Glich, wo man den gemeinsam begonnenen Kampf einfach aufhob und die Gewerkschaftsmitglieder in die Fabriken kommandieren wollte. Wir sagen wollte, denn die Mitglieder versagten die Heresefolge, und die Folge? Wieder traten Duzende und aber Duzende zum Holzarbeiterverband über. Das Vertrauen zu der „genialen Leitung“ des Gewerkvereins ist selbst in Mitgliederkreisen dahin und wird nicht wiederkehren, solange man auf der abschüssigen Bahn sich bewegt, die man beschritten hat. Zum Streikbrecher halten sich sehr viele Mitglieder des Gewerkvereins zu gut, und wenn man sie dazu zwingen will, dann werden sie die Heresefolge verweigern — und sich dem Holzarbeiterverband anschließen.

Der Christliche Holzarbeiterverband wurde ins Leben gerufen, um der Sozialdemokratie einen Damm entgegenzusetzen und zu verhüten, daß die Kollegen an ihrer christlichen Gesinnung Schaden leiden; gelegentlich sollte auch

der christliche Verband als Schutztruppe der Unternehmer Verwendung finden können. Die erste Zeit ließen sich die Mitglieder denn auch „führen“! Aber man sah, daß durch den Deutschen Holzarbeiterverband die Lage der Kollegen verbessert wurde, und man verlangte, daß für die gezahlten Beiträge auch etwas geleistet werde. Die „christliche Nächstenliebe“ der Unternehmer ging nicht so weit, die Lage der Gesellen ohne Zwang zu verbessern. Darum drängten auch die Mitglieder des „christlichen Verbandes“ darauf, daß andere Mittel in Anwendung gebracht werden. Und als alles Bitten der Kapläne und der Angestellten des Verbandes bei den Unternehmern nichts half, sahen wir, daß die Mitglieder zum Kampfe drängten. In einigen Kämpfen hat man auch wieder seinen Mann gestellt. Wir wollen hier an Düsseldorf erinnern, wo bis zum Abbruch des Kampfes der Gewerkverein, der „christliche“, und unser Verband wie ein Mann zusammenstand; dort wurde bewiesen, daß ein Zusammengehen möglich ist, wenn man will. Dann kam Glich, und hier finden wir den christlichen Verband als Schutztruppe der Unternehmer, der die Interessen seiner Mitglieder wie der gesamten Glichner Kollegen vertrat hat. Eine ganze Anzahl Mitglieder haben seit jener Zeit dieser Organisation den Rücken gekehrt; viele sind schwankend geworden und glauben nicht mehr, was die Führer erzählen. Eine große Anzahl ist zu uns übergetreten, weitere werden folgen, weil sie eingesehen haben, daß im wirtschaftlichen Kampfe die religiösen Gefühle keine Rolle spielen, und daß diesen auch bei uns niemand zu nahe tritt.

Im Kampfe für die Verbesserung ihrer Lage müssen alle Arbeiter zusammenstehen, oder sie üben Verrat an ihren eigenen Interessen. Auf diesem Standpunkt haben wir von jeher gestanden, wenn wir auch die übrigen Organisationen der Holzbranche als überflüssig, ja die Zersplitterung als schädlich betrachteten, so betonen wir doch, daß im Kampfe alle zusammenstehen müssen. Stets haben wir die Meinung vertreten, daß im Kampfe alles vermieden werden muß, was zum Schaden der Streikenden ausschlagen könnte. Immer ist von uns Gewicht darauf gelegt worden, daß vor Beginn des Kampfes den anderen Organisationen von den Plänen Mitteilung gemacht werden muß. Wir sind aber auch der Meinung, daß bei der endgültigen Entscheidung sich die Minorität zu fügen hat, und diesem Grundsatz ist unser Verband stets treu geblieben, es mochte sich handeln, um welche Organisation es wollte. Wenn wir Gleiches mit Gleichem vergelten wollten, so wäre weder der „christliche Verband“ noch der Gewerkverein in der Lage, auch nur ein Lohnbewegung zu führen. Wir wären imstande, innerhalb 24 Stunden alle Plätze zu besetzen, welche von den Streikenden jener Verbände frei gemacht wären. Gegen den Willen des Deutschen Holzarbeiterverbandes ist jede Lohnbewegung in der Holzbranche in Deutschland unmöglich. Wir werden auch bei künftigen Lohnkämpfen unserem Grundsatz treu bleiben, die anderen in Frage kommenden Organisationen früh genug benachrichtigen und dann sehen, ob man es noch einmal wagt, die Interessen der Kollegen zu verraten. Inzwischen werden unsere Kollegen keine Anstrengung scheuen, weitere Mitglieder zu werben zu den 135000, welche heute um unser Banner geschart stehen.

„Rekrutenbriefe.“

□ Durch die Straßen zieht gröhland der angehende Vaterlandsverteidiger, Soldatenlieder singend. Das Musterungsgeschäft hat begonnen und ist die Frage: ob der junge Mann den „Moloch des Militärs“, der aber von den Steuergrößen des Reichs angepöpselt wird, „bis drei Jahre tragen soll“ oder als „Strüppel“ die geplante — Wehrsteuer zahlen muß. Doch der Moloch Militarismus frist heute schon alles, nimmt auch schon verkrüppelte Leute in seine Reihen, da er immer größere Ansprüche an „sein Volk“ stellt und dieses durch den zunehmenden Industrialismus mehr Verletzungen und Krankheiten ausgesetzt ist.

Kleiner wird die Zahl derjenigen Rekruten, die mit frohem Gang das Kasernenrot erreichen, um dann vor dem gar strengen „Stellvertreter Gottes auf Erden“, dem hochgebildeten Unteroffizier zu — erblicen. Unsere Arbeiterorganisation, Arbeiterpresse hat den jungen Mann früh und rechtzeitig über das Wesen des Militarismus schon genügend aufgeklärt. Nicht jubelnd, „welch ein Glück — Soldat zu sein“, betritt der moderne Proletar die Kasernen, sondern ernst und schweigend. Er kennt die Gefahren des Militarismus, weiß, daß er jahrelang seine wahre Gesinnung verleugnen, im Ernstfall sogar auf seine Arbeitskameraden ja auf Vater und Mutter — schießen muß. Muß das nicht jeden Denkenden ernst stimmen?

Das weiß auch unsere Militärbehörde ganz genau, gibt auch im stillen die Gefahr zu, die ein aufgeklärtes Volksherk in sich birgt. Deshalb gilt es „aufzuklären“. Aus Welt Der junge Rekrut muß von seinen „Wahnideen“ befreit, der „Waterland“ wieder gewonnen werden! Man drückt ihm deshalb ein grünes Büchlein, „Rekrutenbriefe“ benannt, in die Hand. Ein Oberstleutnant Spohn gibt sich darin all Mühe und redet den jungen Soldaten väterlich mit „mein junger Freund und Kamerad“ an! Doch wehe dem „Kameraden“, wenn er diesen Gruß in derselben Weise erwidern wollte! Strenger Arrest wäre Parole. Bezeichnet ist es auch, daß der Versaffer in allen acht Briefen seinen „jungen Freund und Kameraden“ mit dem „traulichen“ Du anredet! Wie singt doch Seine: „Das trauliche Du wird immer noch an das alte Er erinnern!“

Doch Freund Oberstleutnant begrüßt den Rekruten und fragt ernsthaft: „Bist Du auch gern zu uns gekommen?“ Als ob dem armen Kerl freie Wahl gestellt gewesen wäre

* Siehe Nr. 9 der „Holzarbeiter-Zeitung“.

Er mußte doch kommen! Neugierig fragt der Brieffschreiber dann weiter: „Der haben die vielfachen Verleumdungen, die die Feinde des Heeres unter dem Volke verbreitet haben, auch dein Ohr erreicht?“ Vorsichtig erlöst er dem Rekruten natürlich die richtige Antwort und beginnt sofort das hohe Lied auf Deutschlands ruhmreiches Heer zu singen und brüllt dem Erschrockenen in die Ohren: „Du sollst und Du mußt aber auch Deine Armeeliebe und dafür sorgen, daß diese Liebe sich auch im Volke immer mehr vertieft, denn Volk und Armeeliebe sind eins.“ „Du sollst, du mußt!“ Hört der Soldat jahrelang andere Lieder? Da „mußt“ man ja „lieben“! — Trost aller Schinderei!

Im ersten Briefe wird dem „jungen Freunde“ des Offiziers die heikle Frage „erklärt“: „Ist die Armeeliebe für unser Vaterland eine Notwendigkeit?“ Natürlich — ja, ja, ja! Der junge „Kamerad“ muß dann anhören, daß wie die Böller sich ja auch Geschäftsleute — „Schulze und Müller“ bekämpfen, oder zwei junge Kute wegen einer Liebchaft — „regelrecht prügeln, oder daß der eine den andern totschlägt“. Dieser Mord ist aber doch ein Verbrechen, der Krieg aber eine — Notwendigkeit! Frankreich, Rußland, England, ja sogar — Japan ist jetzt gefährlicher denn je, — „darum schwöre auch Dir selbst, daß Du ein Soldat werden willst“ usw.

Daß die Armeeliebe dem Handel und der Industrie oder der Landwirtschaft die besten Arbeiter — nicht „entzieht“, wird dem braven Rekruten im zweiten Briefe genau erklärt. Es sei doch ein Glück, daß heute 500 000 Mann in der Kaserne Brot hätten, da sonst die Zahl der Arbeitslosen noch größer wäre. Darum ist „die Armeeliebe auch in dieser Beziehung ein Segen, denn sie versorgt, abgesehen von den Offizieren, 500 000 Menschen!“ Darum werden auch immer neue „Versorgungsanstalten“ gebaut! „Nun denke einmal, wie unendlich traurig es bei uns im Lande aussähe müßte, wenn plötzlich die Soldaten entlassen würden. Sie wären alle brotlos, sie müßten alle verhungern oder von der Wohlthätigkeit ihrer Mitmenschen leben!“ Schrecklich! „Wohin würde das führen? Zu Diebstahl, Mord, Totschlag, Bettel usw.“ Dürfte der Gefragte nur antworten, so würde er sicher die Gegenfrage stellen: Gibt es denn heute „trotz der Eisenarmee und allen ihren Versorgungsanstalten“ keine Arbeitslosigkeit, Diebstahl, Mord und Totschlag? Doch der Gefragte erhält gleich wieder neue „Beweise“, daß die Armeeliebe den Tuchfabriken, Kanonen- und Gewehrfabriken, Krämmern, ja sogar „mancher Waschkrau“ bringe!

Unser Brieffschreiber donnert in jedem Schlusssatz dem erschrockenen Rekruten zu, du mußt „den Ruhm des Heeres überall verkündigen“, du mußt, du mußt! Daß die Armeeliebe dem Lande nicht viel kostet und nicht „von dem Schweisse der Arbeiter unterhalten wird“, wird dem angehenden Soldaten im dritten Briefe erläutert. Starke „Lubak“ wird da geraucht. „Über die Bürger zahlen diese Steuern nicht gleichmäßig, sondern nach ihrem Einkommen oder Vermögen, so daß diejenigen, die viel haben, auch hohe Steuern zahlen, und diejenigen, die nur wenig verdienen, gar keine!“ „Umgekehrt wird ein Schuh daraus“, müßte der „junge Kamerad“ da seinem lieben Freunde zurufen können. „Haben Sie denn gar nichts von dem System der indirekten Steuern gehört, die 70 bis 75 Prozent aller Ausgaben zu decken haben? Lesen Sie mal die „Germania“, gewiß ein „braves“ Regierungsblatt, die erst neulich ausgerechnet hat, daß ein reicher Mann mit 120 000 Mk. Jahreseinkommen 53,85 Mk., ein Arbeiter mit 840 Mk. Jahreseinkommen dagegen 43,41 Mk. an indirekten Reichsteuern zu zahlen hat. Im Verhältnis zu seinem Einkommen wird also der Arbeiter hundertmal so hoch besteuert als der Reiche!“

Doch der „Briefempfänger“ darf ja gar nicht antworten, muß lesen und schweigen und ruhig glauben, daß „die armen Leute dazu auch nicht einen Pfennig beitragen!“ Und trotzdem die „Lügen“ der Feinde des Heeres, daß „der Soldat von dem Schweisse des Arbeiters ernährt würde, denn der Arbeiter zahlt keine Steuern“ (Seite 16). Niemals wird der Soldat im Dienst an Leben und Gesundheit geschädigt, denn im vierten Briefe wird auseinandergesetzt, daß „alles gründlich untersucht“ wird, wobei sich natürlich herausstellt, daß die von „Krankheit befallenen selbst die Schuld tragen, indem sie nachts vorher, statt zu ruhen, — viel getrunken oder sich mit Frauenzimmern herumgetrieben hätten“. Trotzdem erhielten die Invaliden „alle mehr oder weniger Pension oder Anstellung im Zivildienst“. Wenn er dies nicht glauben wolle (darf das ein Soldat wagen?), so möge er nur „alte Invaliden“ fragen, aber nicht solche, die zum Arbeiten zu faul sind. Der gläubige Soldat wird dann auch erfahren, daß auch der fünfte Brief in Richtigkeit geht, daß „die Vorgesetzten keinen Soldaten zum Selbstmord oder zur Fahnenflucht treiben!“ „Sie und da“ komme es wohl mal vor, daß sich ein Vorgesetzter einer Mißhandlung schuldig mache, doch sei „von Quälerei gar keine Rede!“ Aber selbst wenn der Soldat „gekränkt“ werde, dürfe er nicht Hand an sich legen, „denn niemals hat der Mensch oder der Soldat das Recht, sein Leben fortzuwerfen!“ Hier wird also doch schon ein Unterschied zwischen einem „Menschen“ und einem „Soldaten“ gemacht! Das — „oder“ ist doch wahrlich köstlich! Soldatenmißhandlungen gibt es — „ja nicht“ und die Zeitungsberichte über Kriegsgerichtsverhandlungen sind Phantastengebilde verrückter Journalisten!

Über die „Beschwerden“ gibt uns der sechste Brief Aufschluß, daß der Soldat ruhig den Beschwerdeweg betreten könne, aber er müsse „vorher auf das genaueste prüfen“, ob er auch „wirklich Grund zur Beschwerde“ habe, auch „wirklich in der Ehre gekränkt“ oder ihm „tatsächlich ein Unrecht widerfahren ist“. Treuherrig meint dann der

Rekrutenfreund weiter: „Ich wünsche Dir von ganzem Herzen, daß Du niemals in die Lage kommst, den schweren Weg der Beschwerde betreten zu müssen.“ „Schwerer Weg“ ist gut!

Die letzten Briefe sind dann den „Feinden des Heeres“, den Sozialdemokraten „gewidmet“, die weder „Liebe zum Vaterland“, „dem sie doch alles verdanken“, — „noch zu ihrer eigenen Familie“ haben, einen Gott nicht kennen, von „Haß, Feindschaft, Genußsucht, Begehrlichkeit, Zügellosigkeit“ usw. ständig reden. Vom „Terrorismus“ der Partei hat der brave Brieffschreiber auch was gehört, redet von der „Teilerlei“ der Acker, des „Geldes“, das doch bald wieder „verspielt, versoffen und verprast“ würde. Sollten da Offiziere dran teilnehmen? Darum müsse sich der Soldat von der Partei abwenden, deren „Führer nicht genug von der Brotverteuerung sprechen können“, — sich aber „ruhig aus der Parteikasse bezahlen lassen!“

Im Schlusssatz wird der brave Mann poetisch. „Sei getreu bis in den Tod!“ Der Rekrut soll die „Fresser zum Schweigen“ bringen! Wie, wird nicht verurteilt! Pathetisch ruft er ihm noch zu: „Du hast dem Kaiser den Eid der Treue geleistet. Du kannst diesen Eid nie erfüllen, wenn Du Sozialdemokrat bist oder mit solchen Umgang pflegst.“

Solche Briefe regen den Dummen doch erst zum Nachdenken an und können den jungen Holzarbeiter, der zum Herbst seiner Organisation auf zwei bis drei Jahre äußerlich fremd bleiben muß, niemals von der Erkenntnis abbringen, weiter für die Sache des Proletariats zu wirken, wenn er wieder frei ist! Zwei oder drei Jahre muß er schweigen! Doch, wenn er den „Eid nie erfüllen“ kann, weshalb läßt man ihn nicht frei? Jauchzend würden viele zu ihrer Organisation wieder zurückkehren!

Zum Verbandstag.

Wenn der Vorstand einen Antrag zwecks Erhöhung der Beiträge zu den beamteten Zwecken einbringt, so habe ich das Vertrauen zum Vorstand, daß er diesen Antrag wohl durchdacht und reiflich überlegt hat. Ein Mißtrauensvotum gegenüber dem Hauptvorstand wie auch den Gauvorstehern ist es, wenn man, wie Kollege Lehmann-Beipzig es tat, Fragen, Berechnungen und Statistiken aufstellt, die zweifellos ohne der Vorstand von selbst zum Verbandstag bringen wird. Wenn wiederum andere Kollegen meinen, eine Erhöhung der Beiträge um 5 Pf. für Kampfwende würde auf die Dauer nicht genügen, so sage ich, auch die Einführung des 50 Pf.-Beitrags ohne Krankenunterstützung würde, wenn es zu einer Machtprobe gegenüber den Arbeitgeberverbänden käme, nicht genügen, uns lange über Wasser zu halten, und muß es da schon dem Vorstand überlassen bleiben, gegebenenfalls die Höhe der Beiträge zu bestimmen. Ich gebe zu, daß die Einführung der Krankenunterstützung den in Großstädten arbeitenden Kollegen aus verschiedenen Umständen nicht zuzufügen wird, aber man sollte doch auch einmal die in den kleineren Zahlstellen beschäftigten Kollegen berücksichtigen, für die eine auch noch so geringe Krankenunterstützung eine Besserung ihrer weniger guten Lage bedeuten würde. Die Mehrzahl dieser Kollegen gehört keiner Hilfsklasse an, und kein Arbeitgeber wird es sich einfallen lassen, den für 12 bis 15 Mk. arbeitenden Kollegen in eine höhere Lohnklasse bei der Krankenkasse anzumelden. Ein Zuschuß von 4 bis 6 Mk. zu den von der Krankenkasse erhaltenen 6 bzw. 7,50 Mk. würde die Kollegen zufriedentellen. Des weiteren würde den Sozialverwaltungen ein Agitationsmittel in die Hand gegeben, das nicht zu unterschätzen ist, besonders wenn es sich darum handelt, weniger aufgeklärte Kollegen unserer Bewegung zu gewinnen. Und ich meine, eine Forderung wird eher ergriffen werden, wenn wir alle Kollegen an Orte organisiert haben, als wenn es nur ein Teil ist; denn die erste Frage eines Arbeitgebers wird doch wohl sein: Wie viele mögen organisiert sein, und nicht: Wieviel Geld haben die in der Kasse. Es lassen sich noch mehr Umstände für die Einführung der Krankenunterstützung anführen, aber ich überlasse es den Delegierten, die wir doch im Vertrauen auf ihren gesunden Menschenverstand gewählt haben, über den gewiß wohlgemeinten Antrag zu diskutieren, und hege ich die Hoffnung, daß der Antrag nicht zum Schaden des Verbandes angenommen wird.

A. J. S. o n e t - G l e i w i t z.

Mit dem Verbandstag und der vorgeschlagenen Erwerbslosenunterstützung beschäftigte sich auch eine Mitgliederversammlung in Leipzig, in welcher Kollege Gerike referierte. Er wies zunächst auf die höchst erfreulichen Fortschritte unserer Organisation seit dem letzten Verbandstag in Leipzig hin; die Mitgliederzahl habe sich um rund 50 000 in zwei Jahren erhöht. Die Ursachen dieser Entwicklung nur auf die Einführung der Arbeitslosenunterstützung zurückzuführen, sei falsch, teilweise habe dies mitgewirkt, aber zweifellos haben die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die Ausperrungstaktik der Unternehmer, welche die Gesamtarbeiterschaft elementar bewegte, insbesondere aber die lebhafteste Tätigkeit auf dem Gebiet der Lohnbewegungen dazu beigetragen. Unsere Lohnkämpfe haben in den letzten zwei Jahren einen riesigen Umfang erreicht. Zur Frage der Agitation werde der Verbandstag eingehende Stellung nehmen müssen. Die Anstellung der Gauvorsteher war notwendig, aber bezüglich der Aufstellung der Gawe könne man nicht befriedigt sein. Es müsse konstatiert werden, daß sich der größte Teil der Gauvorsteher nicht in der notwendigen Weise der Agitation widmen könne, sie seien meist nur mit der Beaufsichtigung und Einleitung der Lohnbewegungen beschäftigt. Ihr eigentliches Tätigkeitsgebiet würde immer mehr verschoben, so daß sie mehr als Vertreter des Hauptvorstandes zu betrachten seien. Was aber noch zu leisten sei, habe speziell die Chemnitzer Gaukonferenz gelehrt, überall stehe noch ein weites Feld für die Agitation offen, und dies müsse nachdrücklichst ausgenutzt werden. Zum Ausbau des Unterstützungswesens seien schon auf dem letzten Verbandstag mehrfache Anregungen gegeben worden, so wiederholten sich auch die Anträge, welche die

Arbeitslosenunterstützung erweitern wollen, dies könne nunmehr, nachdem eine zweijährige Erfahrung vorhanden sei, auch berücksichtigt werden. Eine Verminderung der Karenzzeit sei nicht zu empfehlen, höchstens eine Verlängerung der Bezugszeit und eine Erhöhung der Unterstützungssätze. Anstatt auf diesem Gebiet vorzugehen, wolle man von Vorstandsfürsorge die Erwerbslosenunterstützung einführen. Zunächst sei ganz entschieden Bemerkung dagegen einzulegen, wie diese Frage erledigt werden solle. Die Gauvorsteherkonferenz habe getagt, und wie ein Blitz aus heiterem Himmel kam der Aufruf in der „Holzarbeiter-Zeitung“: „An unsere Mitglieder.“ Unbegreiflich sei hierbei auch die Haltung des Vorstandes. Noch vor zwei Jahren wurden sämtliche Anträge, welche die Einführung der Krankenunterstützung anstrebten, glatt abgelehnt, und noch vor ganz kurzer Zeit habe noch kein Mitglied im Vorstand daran gedacht, diesen Verbandstag damit zu beschäftigen, und nun auf einmal der Umschlag und diese Hast. Es wird erklärt, man wolle ganze Arbeit machen und den 50 Pf.-Beitrag einzulegen; dem sei entgegenzuhalten, daß die Vorlage ja ohne jede Begründung gegeben sei, verweise man auf die Metallarbeiter, so müsse konstatiert werden, daß hier noch keine Erfahrungen aufzuweisen seien. Der Hinweis auf die große Zunahme von Mitgliedern im Metallarbeiterverband genüge nicht zur Begründung. Auch hier seien andere Faktoren mächtiger gewesen als diese Unterstützung. Betrachte man heute unsere freien Hilfs- und Zuschußklassen und deren finanzielle Ergebnisse, so sei es unglaublich, den Mitgliedern zu sagen, mit 10 Pf. Beitragserhöhung könne etwas Ganzes geleistet werden. Auch prinzipiell müssen wir mit Entschiedenheit gegen eine weitere Belastung unserer Organisation mit Unterstützungsanstalten Stellung nehmen. Der Standpunkt, die Organisation so auszubauen, um jedem Mitglied die Gelegenheit zu geben, etwas herauszuholen zu können, sei zurückzuweisen. Wir müssen uns kräftig rüsten, um Kämpfer zu erziehen, welche in den kommenden Auseinandersetzungen mit dem Unternehmertum gebraucht werden. Schon die jetzige Aussperrung in der Stuhlindustrie zeige, was uns bevorsteht; werden wir erst mehr und mehr in die Defensive gedrängt, dann ständen uns noch andere Schläge bevor. Darum mehr den Solidaritätsgedanken pflegen, unsere Mittel für den wirtschaftlichen Kampf stärken, hierzu werden die Leipziger Kollegen gern bereit sein und einer Beitragserhöhung in diesem Sinne zustimmen. Jede weitere Unterstützungsanstalt belaste die Verbandsfunktionäre immer mehr und entziehe sie vollständig der agitatorischen Tätigkeit, und dies sei im Interesse unserer Entwicklung zu beklagen. Weitere Mißbilligungen der Mitglieder gegen die Vertrauenspersonen bei bürokratischer Handhabung der Statuten seien nicht zu vermeiden. Alles dies lähme unsere Aktionsfähigkeit. Der Redner empfahl im Auftrag der gesamten Vertrauenspersonen unserer Organisation folgenden Antrag: „Die Zahlstelle Leipzig beantragt beim Verbandstag, die beabsichtigte Krankenunterstützung abzulehnen, dafür aber den Ausbau der Arbeitslosenunterstützung vorzunehmen. Die Höhe der dazu benötigten Beiträge ist entsprechend festzusetzen.“ — In der Diskussion erklärten sämtliche Redner ihr Einverständnis mit dem Antrag und wenden sich in scharfen Worten gegen das Vorgehen des Verbandsvorstandes. Ein solch Autonomietempo für die Entscheidung wichtiger Fragen für unseren Verband sei gegen alle bisherigen Gepflogenheiten innerhalb unseres Verbandes. Ein Redner machte dem Verbandsvorstand direkt den Vorwurf der Täuschung der Mitglieder. Ohne jede Unterlage suche er zunächst Stimmung zu machen, und dies gelinge ihm auch in den Kreisen, welche die Organisation zu allem gebrauchen möchten. Die Stellungnahme der Berliner Kollegen wurde tief bedauert, erschien aber den Kollegen als begreiflich, nachdem einige Redner, welche im Krankentassenwesen reiche Erfahrungen besitzen, darauf hinwiesen, daß für Berlin fast bei allen Klassen die größten Zuschüsse verbrauchen. Weiter wurde besonders hervorgehoben, daß wir nun den Hirsch-Dunckerschen in Unterstützungsfragen bald über seien und unser Klassenstandpunkt mehr und mehr untergraben würde. Die Kritik an den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses sei berechtigt, man sehe ja deutlich, wohin es führe. Die englischen Gewerkschaften gebrauche man als Muster, um dem nachzuahmen, es fehle nur noch die Wächterinnenunterstützung usw. Wichtige Fragen wie „Maifest“ und „Generalstreik“ schiebe man achtlos beiseite. Der Antrag der Verwaltung wurde hierauf einstimmig angenommen.

Zweifellos wird der Verband durch den Ausbau des Unterstützungswesens an innerer Festigung gewinnen. Das dürfte dann kaum noch vorzukommen, daß Kollegen kurz vor einem Streik sich organisieren, eine erhebliche Summe Streikunterstützung beziehen und nach Beendigung einer Bewegung dann dem Verband wieder den Rücken kehren. Es dürfte ein stabileres Verhältnis sich in der Organisation herausbilden, so daß die Streikgelder von der Gesamtheit und nicht wie bisher nur von einer Minderheit von Kollegen aufgebracht werden. Schon die Arbeitslosenunterstützung hat uns größeren Zuwachs und stabilere Mitgliederverhältnisse gebracht. Die 5 Pf. für Streiks werden wir gern zahlen, nur lassen sich damit wohl nicht große Sprünge machen. Über die Zweckmäßigkeit der Krankenunterstützung im Verband sind die Meinungen sehr geteilt. Zum Teil gehören die Kollegen schon Zuschußklassen an, andere Kollegen nicht und haben auch keine Gelegenheit, einer zweiten Klasse beizutreten, besonders in ländlichen Gegenden ist dies der Fall. Diese Kollegen treten denn auch nahezu einhellig für die Krankenunterstützung ein. Das ist auch deshalb begreiflich, weil diese von der Arbeitslosenunterstützung nur wenig profitieren. Diese Kollegen hört man dann vielfach sagen, lieber zahle ich 10 Pf. mehr, damit mir im Krankheitsfall eine Unterstützung zuteil wird, da die Gemeindefrankenkasse doch nur 5 bis 6 Mk. Unterstützung wöchentlich gewährt. Gegen eine Beitragserhöhung auf 70 Pf. pro Woche bin ich ganz entschieden. Es kann jetzt nicht unsere Aufgabe sein, den Hilfsklassen Konkurrenz zu machen. Lassen wir denen ihre Mitglieder und führen wir eine Krankenunterstützung ein, die neben der Hilfsklassenunterstützung zu zahlen wäre. Und wenn einzelne große Orte mit aller Gewalt höhere Krankenunterstützungen haben wollen, so mögen sie das in lokalem Rahmen durch Sozialzuschläge machen. Aber wir sollen mit den Beiträgen auch auf den Verdienst Rücksicht nehmen. Ich möchte aber eintreten für Krankengeldzuschuß, weniger

für Erwerbslosenunterstützung im Sinne des Metallarbeiterverbandes. Bei Arbeitslosigkeit hat das Mitglied keine weiteren Einnahmen als die Arbeitslosenunterstützung, hingegen im Krankheitsfall das Krankengeld von der Zwangs-kasse eventuell auch Zuschusskasse. Im ersteren Falle müßte die Unterstützung höher sein als im letzteren, aber selbstverständlich der Höchstfuß in beiden Fällen gleich, nur wird der Arbeitslose mit seiner Unterstützung früher fertig werden als der Kranke. Voraussichtlich wird der Vorschlag des Hauptvorstandes, die Krankenunterstützung einzuführen und den Beitrag auf 50 Pf. zu erhöhen, auf dem Verbandstag Annahme finden, was auch zu begrüßen wäre. Es würde dann den Doppelversicherten wohl noch möglich sein, den erhöhten Beitrag bezahlen zu können, um im Krankheitsfall einen Zuschuß von ungefähr 4 Mk. zu erhalten. Blicke wir also mit Vertrauen dem Verbandstag entgegen. Hier wird das Wohl und Wehe der Gesamtmitglieder in Betracht gezogen werden und nur das Beste für sie wird zur Geltung kommen.

G.-München.

Eine Beitragserhöhung um 5 Pf. zu Kampfwegen wird selbstverständlich bewilligt werden, aber gegen die Krankenunterstützung mit 50 Pf. Beitrag muß ich mich entschieden wenden. Am hier „ganze Arbeit“ zu machen, bedarf es eines 70 Pf.-Beitrags, sonst ist alles, was wir schaffen, doch nur Fleckwerk. Mehr wie die bestehenden Zuschusskassen kann der Verband auch nicht leisten, und einen 70 Pf.-Beitrag vermögen die Kollegen im Erzgebirge und in Schlesien auch nicht aufzubringen. Wenn nun gesagt wird, mit der Krankenunterstützung vermöchten wir besser zu agieren, so sage ich, mit dem 50 Pf.-Beitrag wohl, aber das ist ja doch nur eine Fiktion von Seiten des Vorstandes, aber mit höheren Beiträgen bekommen wir nicht ein Mitglied mehr, und die müssen wir haben, wollen wir die Zuschusskassen ersetzen. Und wer läßt die Zuschusskassen gerne schwinden? Ich nicht, und verschiedene andere Kollegen auch nicht. Wir brauchen gar keine Krankenunterstützung; wer sich gegen Krankheit versichern will, der kann das in einer Zuschuss-kasse. Zur Versicherung gegen Krankheit ist der Verband nicht da, und dann hat uns der Verband noch nicht klar zu machen gewußt, daß er mehr leisten kann als eine Zuschuss-kasse. Leisten wir lieber einen 50 Pf.-Beitrag und lassen wir die ganze Krankenunterstützungsgeschichte beiseite, bauen wir aber die Arbeitslosenversicherung aus. Denn gegen Arbeitslosigkeit kann sich niemand anderwärts versichern.

D. Schröder-Bez.

Gerade wie die Arbeitslosenunterstützung ihre Gegner hatte, so ist es auch diesmal mit der Einführung der Krankenunterstützung, nur mit dem Unterschied, daß damals größtenteils die Kollegen der kleinen Zahlstellen die Gegner waren. Heute sind diese Kollegen aber Befürworter des 50 Pf.-Beitrags nebst Einführung der Krankenunterstützung. Verfolgen wir nun die Zeitung, so finden wir die weit größte Anzahl der Berichte aus großen und größten Zahlstellen, von Mitgliedern geschrieben, welche mit den Kollegen der kleinen Zahlstellen sehr wenig oder gar nicht in Berührung kommen und infolgedessen über die schwierigen Agitationsverhältnisse der dortigen Kollegen sehr schlecht oder gar nicht informiert sind. Kollegen, bedenkt, daß auch hier mitgeholfen wird, die Lohnbewegungen der großen Zahlstellen zu fördern, durch welche auch wir indirekt Vorteile gewinnen. Bedenkt aber auch, daß die kleinen Zahlstellen sehr wenig oder gar keinen Nutzen von der Arbeitslosenunterstützung haben, und nur durch die Krankenunterstützung auch für diese Kollegen etwas geschaffen werden kann. In manchen Orten, wo die Organisation jetzt Fuß gefaßt, würde die Zahlstelle wieder verschwinden, und jahrelange Arbeit würde umsonst gewesen sein, sobald der Beitrag erhöht wird ohne Einführung der Krankenunterstützung. Sollte aber die Krankenunterstützung abgelehnt werden, dann auch hinweg mit der Arbeitslosenunterstützung. Karl Scheeder-Gham im Bayer. Wald.

Kollege L. K. Wiesbaden ist nicht zu übersehen. Schon jetzt werde der weitaus größte Betrag der Einnahmen für Streiks veranschlagt; eine Steigerung dieser Ausgaben sei bei den vorhandenen Mitteln nicht möglich; die Streikbewegung werde künftig aber einen größeren Umfang annehmen und da könne nur eine Beitragserhöhung helfen. Der Beitrag sollte aber gleich so hoch festgesetzt werden, daß wir damit auf Jahre hinaus auskommen, und da dürfte der 50 Pf.-Beitrag nicht zu hoch gegriffen sein bei 20 Prozent Anteil der Lokalkassen. — So sehr er die Krankenunterstützung wünscht, so bedeute sie für den Verband gegenwärtig doch nur Ballast. Auf die phantastischen Berechnungen einzelner Kollegen könne man nichts geben. Darum werde es besser sein, der Vorstand beschaffe sich das notwendige Material und lege dem übernächsten Verbandstag eine wohlüberlegte Vorlage vor, und dann könne man sehen, was sich weiter tun lasse. Bis dahin werde auch die Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine entschieden sein. Es sei auch am Platze, einen Ausbau der Arbeitslosenunterstützung vorzunehmen. Wir leisten hierzu gern ebenfalls unseren Tribut, wenn wir sehen, daß es zum Vorteil der Kollegen notwendig ist. „Gehen wir also mit unseren Unterstützungsleistungen vorzüglich zu Werke“ — schon in Rücksicht auf drohende Ausnahmegesetze — unsere Agitation würde deshalb keine Lage werden. Hauptsache sei, daß Geld zu Kampfwegen beschafft werde.

Es ist mit Freuden zu begrüßen, wenn die Kollegen vor dem Verbandstag recht fleißig diskutieren; die Leidenschaft braucht deshalb aber nicht auszuarten, wie das in Nr. 11 unserer Zeitung von einem Kollegen geschehen ist. Gegen Staffelleistungen, wie sie von verschiedenen Kollegen vorgeschlagen sind, muß auflösend Stellung genommen werden, weil sie uns im großen ganzen keinen Vorteil bringen. Es darf deshalb der Sprung bei der Beitragserhöhung nicht zu groß gemacht werden. Die Einführung einer Erwerbslosenunterstützung wäre wohl das Beste, wie schon angeführt, aus verwaltungsrechtlichen Gründen. Vorläufig aber zwingen uns Gründe, es in dieser Beziehung beim Alten zu lassen. Verschiedene Kollegen sind im übrigen sehr aufgebracht über das Unterstützungsverfahren im Verband. Die Tätigkeit und Leistung gerade im verflochtenen Jahre hat zur Genüge bewiesen, daß Befürchtungen wegen Versumpfung vollständig unbegründet sind, und daß der vornehmsten Auf-

gabe des Verbandes, die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage seiner Mitglieder, in möglichstem Maße Rechnung getragen wurde. Der Vorschlag der Hamburger Kollegen ist mir sehr sympathisch, nämlich den Beitrag von 35 auf 45 Pf. zu erhöhen, also ohne Krankenunterstützung, um den schlechtestgestellten Kollegen noch wirksamer entgegenkommen zu können.

Franz Bettler-Apolda.

Die Zahlstellen Schmölln, Gera, Schönheide im Erzgebirge und Wilkau stimmten in außerordentlich gut besuchten Versammlungen nach Referaten des Kollegen Thielemann für die Erhöhung des Wochenbeitrags auf 50 Pf. unter Einführung der Krankenunterstützung. Ebenso stimmten nach einem Referat des Kollegen Schmidt-Chemnitz die Zahlstellen Raschau, Jöhstadt im Erzgebirge und Hainichen dafür. In Chemnitz vollerte eine Versammlung, in welcher Kollege Lauter-Dresden referierte, gleichfalls für die Einführung der Krankenunterstützung.

Soziales.

Gesetzlicher Heimarbeiterschutz.

Nachdem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen vollständig ausgearbeiteten Gesetzentwurf zum Schutze der Heimarbeiter eingebracht hat, fühlen auch die bürgerlichen Parteien das Bedürfnis, ihre Arbeiterfreundlichkeit zu beweisen. Die freisinnige Volkspartei hat sich die Aufgabe recht leicht gemacht. Von der Erwägung ausgehend, daß in bezug auf Arbeiterschutz jede Überstürzung schädlich ist, und daß bei durchgreifender Verbesserung der Lage der Ausgebeuteten die Interessen der ausbeutenden Kapitalisten beeinträchtigt werden könnten, beantragte sie, die Regierung möchte Erhebungen über die Lage der Heimarbeiter anstellen, und dann auf Grund des Ergebnisses einen Gesetzentwurf zur Beseitigung der vorhandenen Mängel vorlegen. Da die Vornahme von „Erhebungen“ eine sehr beliebte Beschäftigung der Regierung ist, der sie sich besonders dann gern widmet, wenn es gilt, die Durchführung einer Reform auf die lange Bank zu schieben, so bedeutet der Antrag der Freisinnigen nichts weiter als einen Versuch, das öffentliche Gewissen, welches durch die Heimarbeitersituation so gründlich ausgerüttelt wurde, langsam wieder einzuschläfern.

Die anderen bürgerlichen Parteien haben gemeinsam einen Antrag eingebracht, in welchem die Regierung ersucht wird, einen Gesetzentwurf zur Regelung der Heimarbeit dem Reichstag vorzulegen, in welchem insbesondere folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen sind: Verpflichtung der Unternehmer, ein Verzeichnis der Heimarbeiter zu führen. Über die Arbeitsaufträge haben, soweit Lohnbücher geführt werden, die Unternehmer Buch zu führen. Die Heimarbeiter sind der Gewerbeaufsicht zu unterstellen, und den Polizeibehörden ist das Recht einzuräumen, über die Beschaffenheit der Arbeitsräume Vorschriften zu erlassen. Für jugendliche Arbeiter ist die Sonntags- und Nacharbeit (von abends 10 Uhr bis morgens 6 Uhr) zu verbieten und dem Bundesrat das Recht einzuräumen, unter gewissen Voraussetzungen die Arbeitszeit der erwachsenen Heimarbeiter zu beschränken. Das Mitgeben von Arbeit nach Hause ist den Unternehmern zu verbieten. Die Heimarbeiter sind den Gewerbeinspektoren zu unterstellen, und die Arbeiterversicherungs-gesetze sind hinsichtlich auf sie auszudehnen. Ebenso sollen auch die Arbeiterschutzbestimmungen der §§ 135 bis 139 der Gewerbeordnung hinsichtlich auf die Werkstätten der Hausindustrie ausgedehnt werden.

Dieser billige Antrag ist, wie ein Vergleich zeigt, nur ein verwässertes Abblatzen des von den Sozialdemokraten eingebrachten Gesetzentwurfes. Die „Frankfurter Zeitung“, ein Blatt, das sicher nicht im Verdacht steht, für die Sozialdemokraten voreingenommen zu sein, urteilt über das bürgerliche Machwerk folgendermaßen:

„Man sieht auf den ersten Blick, daß ein Gesetzentwurf, der diesem Antrag entspräche, erheblich schlechter wäre als der sozialdemokratische. Dem abgesehen davon, daß die Methode der Registrierung der Heimarbeiter im sozialdemokratischen Entwurf besser und zweckmäßiger ist, enthält der Antrag der Rechten den Kardinalpunkt einer Heimarbeiterschutzaktion überhaupt nicht: die Festsetzung von Mindestlöhnen. Wenn man an diesem Punkte vorbeigeht, wird bei der ganzen Sache wieder nichts Rechtes herauskommen.“

Das entspricht aber vollständig der bürgerlichen Taktik in Fragen des Arbeiterschutzes, deren Wahlspruch ist: „Man so tun, als ob man etwas täte.“ Der Hauptzweck der Aktion dürfte es sein, ein wirksames Eingreifen der Gesetzgebung zum Schutze der Heimarbeiter zu verhindern, und dieser Zweck wird voraussichtlich auch erreicht werden.

Das preussische Dreiklassenwahlrecht soll reformiert werden. Die Schönheiten dieses Wahlsystems, durch welches bisher die Vertreter des Volkes erfolgreich aus der sogenannten Volksvertretung ferngehalten wurden, sind bekannt, und bekannt ist auch, daß die Arbeiterpartei Preußens in eine energische Agitation zur Beseitigung dieses Wahlrechtes eingetreten ist. Verfehlt wäre es aber, aus der Vorlage eines Wahlreformentwurfes durch die preussische Regierung zu schließen, daß diese die Bedürfnisse der Zeit erkannt hätte. Über solch einen Verdacht sind die seitherigen Machthaber in Preußen erhaben. Wenn es nach dem Willen der Regierung geht, die ihre Absichten erst kürzlich durch den Finanzminister v. Rheinbaben im Herrenhaus aussprechen ließ, dann wird die Dreiklassenwahlhande für alle Ewigkeit konserviert.

Was jetzt geändert werden soll, bezieht sich auf einige Schönheitsfehler des Wahlsystems, welches selbst von Bismarck als das elendeste bezeichnet wurde. Die Teilnahme

der Sozialdemokraten an der letzten preussischen Landtagswahl, und der Umstand, daß sie auf die strengste Durchführung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften bestanden haben gezeigt, daß eine nochmalige Wahl unter Geltung dieser Gesetze in einigen Wahlkreisen unausführbar ist. Nach der Vorlage der Regierung sollen nun einige besonders große Wahlkreise geteilt und die Zahl der Abgeordneten um zehn erhöht werden. Außerdem soll das Wahlverfahren geändert werden.

Dieser Vorschlag ist geradezu ein Schuß auf die von der großen Mehrheit des preussischen Volkes immer lauter erhobene Forderung nach Einführung des Reichstagswahlrechtes für die preussischen Landtagswahlen. Vom Standpunkt der Regierung ist es dabei nicht einmal besonders geschickt, durch diese Vorlage die Aufrollung des Wahlrechtsproblems im Landtag zu veranlassen. Man darf aber annehmen, daß sie die lendenlahme Opposition im Dreiklassenwahlhaus kennt und deshalb auf sie keine Rücksicht nimmt. Noch übermühtiger sind die Junker, die schon den Vorschlag machen, nur die Vorlage betreffend Vereinfachung des Wahlverfahrens anzunehmen, die Vermehrung der Zahl der Abgeordneten aber, welche den Liberalen eine kleine Verstärkung bringt und sogar Aussicht auf Ergründung eines sozialdemokratischen Mandats eröffnet, abzulehnen.

Wie die Aktion schließlich ausgehen wird, kann der Arbeiterpartei ziemlich gleichgültig sein. Unsere Forderung bleibt nach einer Einführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes auch für den preussischen Landtag. Dieses Verlangen wird immer nachdrücklicher erhoben werden und nicht früher von der Tagesordnung verschwinden, als bis es erfüllt ist.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumenten hat im Vorjahr einen Umsatz von 38780199 Mk. erzielt gegen 33028405 Mk. im Vorjahr. Die Zunahme des Umsatzes beträgt 4850794 Mk. Das ist ein Mehrumsatz von 14,3 Prozent. In Betracht kommt noch, daß infolge des unqualifizierbaren Verhaltens der Spirituszentrale für das Jahr 1905 der Umsatz in Spiritus ausbleibt, der im Jahre 1904 rund 1 1/2 Millionen betrug. Wäre ein entsprechender Spiritusumsatz auch im Jahre 1905 zu verzeichnen gewesen, so würde der Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft die Summe von 40 Millionen Mark nicht unerheblich überschritten haben. Jedenfalls darf die Entwicklung der Großeinkaufsgesellschaft im Jahre 1905 als eine durchaus befriedigende bezeichnet werden, und es ist zu erwarten, daß auch in dem Abschluß diese befriedigende Entwicklung zum Ausdruck kommen wird.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Den nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. April d. J. den angegebenen wöchentlichen Lokalbeitrag neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben: Goslar 15 Pf., Doyerswerda 5 Pf., Lüdenscheid 5 Pf., Preußisch Holland 5 Pf.

Die Anträge zum Verbandstag gelangen in nächster Nummer zur Veröffentlichung, worauf wir die Mitglieder schon heute aufmerksam machen.

- Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:
- 177305 Karl Hannig, Tischler, geb. 31. 5. 86 zu Michelau.
 - 185935 August Gebhardt, Tischler, geb. 19. 8. 64 zu Gehardshof.
 - 203265 Fritz Schenk, Tischler, geb. 30. 10. 77 zu Willertsdorf.
 - 214669 Fritz Wötting, Tischler, geb. 13. 9. 85 zu Braunau.
 - 219651 Curt Wandsdorf, Tischler, geb. 3. 8. 85 zu Anteloh.
 - 249102 Emil Broß, Stellmacher, geb. 8. 6. 78 zu Kuchendorf.
 - 249122 Max Cichoma, Tischler, geb. 7. 10. 85 zu Schwachden.
 - 274242 Otto Fischer, Kleinfuhrmacher, geb. 27. 6. 84 zu Gagen.
 - 284978 Bruno Gain, Polierer, geb. 7. 11. 85 zu Breslau.
- Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Verbandsvorstand.

Die Gaukonferenz des Dresdener Gaues

fand am 11. und 12. März in Dresden statt. An derselben beteiligten sich sämtliche 53 Zahlstellen, welche 98 Delegierte entsandt hatten, ferner nahmen sämtliche Mitglieder des Gauvorstandes und Kollege Becker vom Hauptvorstand daran teil. Den Geschäftsbericht des Gauvorstandes erstattete Kollege Gerltzke. Im Gau sind 18800 Kollegen beschäftigt, davon 11100 oder 60 Prozent organisiert. Von den Stuhlpolierern sind 85 Prozent, von Bau- und Mißbeldtschleim 81 Prozent, Polierern 72 Prozent, Stuhl- und Sofabauern 69 Prozent, Stellmachern 62 Prozent organisiert; am schlechtesten organisiert sind die Bürstenmacher (16 Prozent) und Hilfsarbeiter (15 Prozent). Beklagt wurde vom Berichterstatter die große Unselbständigkeit der Zahlstellen, der Gauvorstand müsse bei jeder Kleinigkeit eingreifen. Differenzen und Lohnbewegungen waren 104 zu verzeichnen, 3766 Kollegen erreichten eine Verkürzung der Arbeitszeit und 2792 eine Lohnerhöhung. Zwölf Zahlstellen erheben keinen Lokalaufschlag, die anderen einen solchen von 2 1/2 bis 15 Pf. pro Woche.

Die Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft; sie gipfelte in dem Beschluß, nach dem die Konferenz sich mit der Tätigkeit des Gauvorstandes zufrieden erklärte und dem Kassierer, Kollegen Hanke, Entlastung erteilt.

Im Anschluß daran erstattete Kollege Becker ein Referat über Lohnbewegungen und die Situation im Gesamtvorstand, Kollege Gerltzke über die Verhältnisse im Gau.

Dann wurde über die Anträge verhandelt, deren nicht weniger wie 38 vorlagen. Beschlossen wurde nach lebhafter Diskussion mit allen gegen neun Stimmen, den Beitrag zu Kampfwegen auf 40 Pf. zu erhöhen, ferner wurde gegen 22 Stimmen die Einführung der Krankenunterstützung im Verband verlangt. Angenommen wurde ferner ein Antrag auf Zusammenlegung der Zahlstellen, die in einem einheitlichen Wohngebiet liegen; daß reisende Kollegen sich vor Arbeitsannahme über die Arbeitsverhältnisse zu unterrichten haben; daß die Zeitung verpflichtet sein soll, bei Ein-

sendungen den Eingangstag mit zu veröffentlichen, Zahlstellen aber namhaft zu machen, deren Berichte zurückgestellt werden müssen.

Zu Zukunft sollen die Zahlstellen bis 100 Mitglieder einen, bis 300 Mitglieder zwei, für weitere je 500 Mitglieder je einen Delegierten mehr entsenden zum Gantag. Zum Zwecke der besseren Unterbringung der Gemäßigten soll der Gauvorstand eine bessere Verbindung mit den Arbeitnachweisen schaffen. Angenommen wurde ferner ein Antrag, die Zeitung möge künftig nur fachtechnische Annoncen oder solche, welche in wissenschaftlicher Hinsicht für die Kollegen von Wert sind, Aufnahme gewähren. Beschlossen wurde ferner, die Zahlstellen möchten künftig ihre Gantagsdelegierten einheitlich entschädigen, und zwar 5 Mk. pro Tag Diäten außer Arbeitszeitentschädigung und Fahrgehalt.

Nach einem Schlusswort des Kollegen Gerlicke wurde die Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf den Holzarbeiterverband geschlossen. (Eingegangen am 20. März, vormittags 11 Uhr 15 Minuten.)

Korrespondenzen.

Bielefeld. (Korkarbeiter.) In der letzten gutbesuchten Sektionsversammlung wurde mit Nachdruck eine regere Agitation unter den Korkarbeitern verlangt. Alle anderen Branchen sollten uns darin beihilflich sein. In manchen Orten sind von Hunderten von Korkarbeitern nicht einer organisiert und die Löhne liegen noch sehr im argen. Es gelangte ein Antrag zur Annahme, der vom Hauptvorstand eine planmäßige Agitation und die Bildung von Agitationskommissionen der Korkarbeiter verlangt, welche den Lokal- und Gauverwaltungen bei der Agitation zur Hand gehen sollen. Ferner fand folgende Resolution Annahme: „In Erwägung, daß durch die mangelhafte Handhabung des Zentralarbeitsnachweises deutscher Korkarbeiter von Seiten der Hamburger Kollegen so gut wie nichts zur Heranziehung indifferenten Kollegen geschehen, im Gegenteil, dadurch verschiedene Kollegen dem Verband den Rücken kehren und als Mithelmittel einerseits die „Korkindustriezeitung“ halten; andererseits die nähere Fühlung dadurch unter den deutschen Korkarbeitern noch mehr verloren ging, betrachten es die Bielefelder Kollegen als unbedingte Notwendigkeit, den Zentralarbeitsnachweis so auszubauen, daß selbiger, wie früher, eines unserer wirksamsten Agitationsmittel unter den indifferenten Kollegen wird. Sie erwarten von den Hamburger Kollegen, daß sie das Veräumte bald nachholen oder den Arbeitsnachweis niederlegen.“ R. S.

Demmin. Nunmehr hat sich auch hier eine Zahlstelle gebildet. Auskunft über dieselbe erteilten Kollege Otto Maas, Bevollmächtigter, Turmstraße 51, Aug. Wahle, Kassierer, Kapfenstraße 311, mittags von 12 bis 1 Uhr und abends von 7 bis 8 Uhr.

Durlach. Daß es auch in Durlach noch Mißstände gibt, welche die Kritik geradezu herausfordern, beweist die Handlungsweise des Zimmermeisters G. May. Schon im letzten Jahre, als die Zimmerleute hier einen Lohnstarif einführten, war es allein Herr May, der in prophaner Weise jede Verhandlung ablehnte, kurz, den Tarif einfach nicht anerkannte. Die dort beschäftigten Schreiner, zum Teil organisiert, wurden den Winter über zu Hausreisepredigten benützt (W). Den Lohn dafür bekam einer dieser Hausreiseprediger in Form einer gelblichen Tracht Prügel, unter Aufsicht des Meisterjohns, wobei sogar der Hammer eine Rolle spielte. Kürzlich kam es vor, daß der betreffende Herr einen Kollegen ohne Kündigung entließ, mit der Begründung, er mache ihm ein zu freches Gesicht. Jedoch machte dieser Kollege den Fall beim Gewerbegericht anhängig. Wir möchten auf Grund obiger Vorkommnisse den Kollegen, die ihr Reiseziel nach Durlach richten, raten, die May'sche Werkstatt auf möglichst großem Umweg zu umgehen. Des weiteren machen wir auf die Nähmaschinenfabrik Orignier aufmerksam. Auch hier gibt es der Mißstände manche, was jedoch nur der Gleichgültigkeit der Kollegen zuzuschreiben ist. Bestand doch letzten Winter eine Arbeitszeit von 1 1/2 Stunden, einschließlich 1/2 Stunden Überarbeitszeit, wofür keine Extravergeltung gewährt wurde. Auch über das zu verarbeitende Material wie Fournier usw. wird lebhaft Klage geführt. Ganz besonders muß hervorgehoben werden, daß die Arbeiter sämtliche Hilfsmittel wie Glaspapier, Ziehlingen, Polierlappen, Wischlein usw. zu stellen haben. Aus vorstehendem ist ersichtlich, daß, sollen hier andere Zustände Platz greifen, es sich die Kollegen zur ersten Pflicht machen müssen, die Versammlungen vor allen Dingen regelmäßiger als bisher zu besuchen. Kollegen! Weg mit dem alten Schlendrian, weg mit der Uneinigkeit und Zänkereien wegen jeder nichtssagenden Kleinigkeit, sei jeder ein Agitator für unsere Sache, und nur dann werden wir unserem Ziele näher kommen.

Leipzig. Die Differenzen bei der Firma Manborg und der Bericht über die Beilegung derselben, der in der „Leipziger Volkszeitung“ erschien, gaben dem Agitationsleiter der Hirsch-Dunckerschen, Belinski, Anlaß zu einem langen Artikel in der „Eiche“. Was Herr W. über die „Leipziger Volkszeitung“ sagt, wollen wir an dieser Stelle unberührt lassen, und nur in kurzen Worten die Tatsachen schildern, die der Artikel-Schreiber der „Eiche“ kunterbunt durcheinandergewürfelt hat. Am 24. Februar legten die Kollegen bei Manborg plötzlich die Arbeit nieder, ohne vorher die Zustimmung der Verwaltung eingeholt zu haben, die vier Hirsche blieben stehen. Am 26. Februar beschloßen die Gewerksvereiner, wie aus dem Bericht hervorgeht, sich den Maßnahmen der Verbändler nicht anzuschließen; das ist um so bezeichnender, als es sich gar nicht um eigentliche Maßnahmen des Verbandes handelte. Die Entlassung des Werkstattdelegierten am 23. Februar und die weitere Entlassung der dreigliedrigen Kommission, in welcher sich auch ein damals unorganisierter älterer Arbeiter befand, am 24. Februar erregte den Anwalt der Mitarbeiter dermaßen, daß sie sofort die Arbeit niederlegten. Zwölf unorganisierte Kollegen erklärten sich solidarisch und nur die Hirsche blieben stehen und machten noch einige andere wankelmütige. Diese Vorgänge mit einer Jubiläumssfeier in Verbindung zu bringen, ist blöder Schwindel. Das Festessen war seit Wochen vorüber, als die Entlassung des Werkstattdelegierten, und zwar aus den lächerlichsten Gründen erfolgte. Wir haben in den Mitgliederversammlungen unsere Ansichten über derartige Veranlassungen unumwunden ausgesprochen, es wurde aber auch festgestellt, daß damals die Organisationsverhältnisse in dem Betrieb nicht geeignet waren, andere

Maßnahmen zu ergreifen. Wenn Herr W. sich moralisch darüber entrüstet, daß Verbandsmitglieder bei ihrem Arbeitsantritt die Verbandszugehörigkeit verneugnet hätten, dann ist das eine elende Heuchelei. Darüber, was mutig oder feig ist, streitet man doch nicht mit Leuten, die nur noch mit Hilfe der Unternehmer ihre Organisation stärken können. Das Ideal der Hirsch-Dunckerschen Arbeitsvermittlung ist ja nun bei der Firma Manborg verwirklicht, ein Hirsch kommt herein und ein Verbändler muß gehen, der Apparat funktioniert großartig. Bei dieser Gelegenheit sei noch darauf hingewiesen, daß die Hirsch-Dunckerschen Streikbrecher bei Dr. Stoll, trotz der damals abgegebenen Erklärung, nicht aus ihrer Organisation ausgeschlossen wurden, sondern im Gegenteil lebhaft für den Gewerksverein agitieren.

(Maschinenarbeiter.) In der am 18. März stattgefundenen, nur schwach besuchten Versammlung sprach zunächst Genosse Pinkau über den nordamerikanischen Bürgerkrieg. Sein Vortrag fand lebhaften Beifall. Kollege Dieblicher wurde einstimmig zum Mitglied der Sektionsverwaltung gewählt. Die Muchkollegen Knossing und Kronberg schieden aus dem Holzarbeiterverband aus. Ersterer meldete sich von Neu-Muppin per Postkarte ab — vermutlich arbeitet derselbe im Betrieb des Herrn Dr. Stoll — letzterer wegen hoher Beitragsrückstände.

Liebenwerda. Von der Firma R. Reiß, deren Wohlfahrts-Einrichtungen wir in Nr. 9 der „Holzarbeiter-Zeitung“ geschildert haben, wird uns noch mitgeteilt, daß dort noch eine ganze Menge sonstiger Mißstände herrschen. Die Stundenlöhne betragen bei den Tischlern 25 bis 32 Pf., bei den Maschinenarbeitern 25 bis 28 Pf. Dabei herrscht in der Fabrik ein wohlausgebildetes Straßsystem, durch welches die an sich schon knappen Löhne eine weitere Kürzung erfahren. Lebhaftige Klagen werden über den Zustand der Aborte geführt, die öfters gar nicht benützt werden können. Zur Hebung der Sittlichkeit dient es jedenfalls nicht, daß diese Räume keine Tür haben. Zu wünschen wäre es, daß der Betrieb einmal einer gründlichen Revision durch die Gewerbeinspektion unterzogen würde, das dürfte zur Beseitigung wenigstens der ärgsten Mängel führen.

Pasing. In der Mitgliederversammlung vom 10. März erklärten sich die Kollegen nach einem Referat des Kollegen Deiningers-München einstimmig für Erhöhung des Beitrags auf 50 Pf. ausschließlich zu Kampzzwecken. Es ist der lebhafteste Wunsch der hiesigen Kollegen, die Gesamtkollegenenschaft möge in diesem Sinne beschließen. Wir können auf Jahre hinaus mit diesem Beitrag auskommen, während für die Krankenunterstützung der Beitrag doch nicht ausreichen würde, und dann kämen immer wieder die Beitragsserhöhungen.

Quakenbrück. In seinem Eifer, angebliche Terrorismissfälle zu entdecken, ist das Organ des Christlichen Holzarbeiterverbandes auch auf einen Vorfall in der Bürsten- und Pinselfabrik von Schade & Cie. verfallen, wo Mitglieder unseres Verbandes sich einem neu eingetretenen Kollegen gegenüber, der an Asthma litt, sehr unkollegial verhalten haben sollen. Der Betreffende hätte gebeten, ihn zunächst mit Einziehen zu beschäftigen, da er die Luft im Pechraum nicht vertragen könne, wo jeder Neueintretende zunächst acht Wochen arbeiten müsse. Tatsächlich ist in der Pecherei eine sehr schlechte Luft, aber der Luftenthalts bei den Einziehern ist auch keineswegs angenehm, und der fragliche Kollege, der krankenkrank war und in eine Heilanstalt gehört, hätte es hier jedenfalls auch nicht ausgehalten. Wegen des Verhaltens des Arbeiterausschupinitglieds, welches sich im Kontor zu der Frage zu äußern und sich darüber nur mit einem unorganisierten Kollegen besprochen hatte, kam es in der Werkstatt zu einer Auseinandersetzung, doch war die Mehrzahl der Kollegen gegen eine Beschäftigung des Neueintretenden beim Einziehen. Es standen aber auch Mitglieder des christlichen Verbandes auf Seiten der Opposition, so daß der „Deutsche Holzarbeiter“, wenn er schon Sünden suchen will, sich nur an die Leute aus dem eigenen Lager zu halten braucht. Beim der Einzeher des betreffenden Artikel ist über Vorgänge in der Pecherei ausgelassen, dann wäre es sehr angebracht gewesen, wenn er etwas über die Zustände und Entlohnung in diesem Dunstfaßten gesagt hätte. — Der kritisierte Vorgang sowie ein ähnlicher, der sich in neuerer Zeit zugetragen hat, aber noch nicht endgültig entschieden ist, wird übrigens noch in einer Mitgliederversammlung besprochen werden, zu welcher auch der Fabrik-Ausschup sowie der Vorstehende des christlichen Verbandes eingeladen sind.

Schiltigheim. Seit einigen Wochen macht unsere Zahlstelle Fortschritte, so daß es eine Freude ist, zu agitieren. Es ist aber auch die höchste Zeit, daß es in unserer Werkstatt (so genannt wegen der vielen Brauereien) vorwärts geht. Durch die Nähe der Großstadt Straßburg ist bei uns alles sehr teuer, und auch sonst haben die Arbeiter Schiltigheims manches Unangenehme von dieser Nachbarschaft. Elf- und zwölfstündige Arbeitszeit war und ist fast noch überall an der Tagesordnung. Trotzdem die Schreiner Straßburgs vor drei Jahren die zehnstündige Arbeitszeit errangen, blieb man in Schiltigheim beim alten Schlendrian. Auch die Löhne sind noch sehr niedrig. Stundenlöhne von 26, 28, 30 und 32 Pf. sind noch heute zu treffen. Eine große Anzahl der Schiltigheimer Arbeiter ist in den Brauereien und Käseereien beschäftigt, und dort hat es das Kapital verstanden, die Arbeitslöhne auf dem denkbar tiefsten Niveau zu halten. Dieser Umstand mag schuld daran sein, daß an ein rascheres Steigen der Löhne bis jetzt nicht zu denken war. Die Brauereiarbeiter zu organisieren, war bisher auch nicht in dem Maße gelungen, um etwas erreichen zu können. Nun haben in letzter Zeit die Käser schöne Fortschritte gemacht und durch zwei kurze Streiks bedeutende Verbesserungen eingeführt. Angesichts dieser Tatsachen gingen auch den Tischlern die Augen auf. Sie erwachten, rieben sich die Augen und merkten jetzt erst, daß sie so lange geschlafen und so manches Jahr verträumt hatten. Jetzt erst hörten sie den Ruf der Organisation, folgten diesem Ruf und stehen heute vor der Tatsache, daß schon die älteste Werkstatt mit zirka 25 Schreimern und Maschinenarbeitern die elfstündige Arbeitszeit zum alten Geis warf und den zehnstündigen Tag einführte, und zwar bei gleichem Tagelohn wie bisher. Und nun, Kollegen, fragen wir euch, nicht die Organisation etwas? Habt ihr jetzt endlich gesehen, daß Einigkeit stark macht? Jetzt vorwärts, auf zur Agitation, jeder einzelne Schreiner Schiltigheims muß unserem Verband beitreten. Jeder von euch hat die Pflicht,

seinen Nebenkollegen in die Versammlungen zu bringen. Die Verkürzung der Arbeitszeit muß euer nächstes Ziel sein, das ist für euch und eure Familie von großem Nutzen. Deshalb bleibet treue Mitglieder des Verbandes.

Wilsack in der Oberpfalz. Hier fand am Sonntag eine gut besuchte Holzarbeiterversammlung statt. Kollege Stein-Nürnberg referierte über: „Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Sägewerken.“ Anlaß zu der Versammlung gab die Entlassung eines Sägers wegen Zugehörigkeit zur Organisation. Mit spantender Aufmerksamkeit wurde den Ausführungen gefolgt. Eine derartige Versammlung ist in dieser Gegend etwas Neues; dieselbe nahm einen glänzenden Verlauf. An der Debatte beteiligte sich auch der Sägewerksbestitzer Probst. Seine Ausführungen konnten die Tatsachen nicht abschwächen. Die schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen sollten nach dessen Meinung noch länger bestehen bleiben. An den dortigen Sägearbeitern wird es liegen, ob Probst recht behält. Darum, alle ihr Säge- und Holzarbeiter, hinein in den Deutschen Holzarbeiterverband, damit es auch dort gelingt, menschenwürdiger Zustände zu schaffen.

Zwiesel. Unsere letzte Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit der Beitrags-Erhöhung. Man war im allgemeinen mit dem Projekt des Vorstandes einverstanden, es konnte keiner der Redner die Notwendigkeit einer Beitrags-Erhöhung leugnen. Nur betreffs Höhe und Verwendung derselben gingen die Meinungen verschiedentlich auseinander. Die Mehrzahl der anwesenden Mitglieder hielten eine Krankenunterstützung für durchaus notwendig, doch sollte diese die Hilfskasse ersetzen, so müsse ein höherer Beitrag, nicht unter 60 Pf., festgesetzt werden. Einige Kollegen waren jedoch der Ansicht, daß vor allem die Arbeitslosenunterstützung besser ausgebaut werden müsse, ehe weitere Unterstützungs-Einrichtungen geschaffen werden; zu diesem Zwecke würden dieselben für einen Beitrag bis 50 Pf. stimmen. Vereinzelt Kollegen äußerten ihre Wünsche dahin, die Krankenunterstützung freiwillig zu gestalten, es könne hiermit allen Rechnung getragen werden. Letzteres als Antrag dem Verbandstag zu unterbreiten, wurde beschloßen. Ferner ist noch zu konstatieren, daß die Mitgliederzahl am Orte im Zunehmen begriffen ist. Es wurden in letzter Zeit zahlreiche Neuaufnahmen vollzogen; jedenfalls wird es immer mehr klar, daß der Verband Vorteile bietet, nicht zuletzt die verschiedenen Unterstützungs-Einrichtungen. Zu bemerken wäre noch, daß unser Kassierer ein Kleidergeschäft errichtet hat. Es wäre zu wünschen, wenn dieser recht unterstützt würde, damit er der Zahlstelle als agitatorische Kraft erhalten bliebe. Die Verwaltung ist noch genötigt, auf die beiden Geschäfte der Herren Julius Barth und Karl Schmidt hinzuweisen; bei diesen können die Kollegen am Jahrltag nie ihren verdienten Lohn erhalten. Bei letzterem waren die dort Beschäftigten mehrmals genötigt, ihren Lohn einzuklagen, ohne ihn zu erhalten. Wer sich vor Schaden bewahren will, möge vorstehendes beachten.

Zwiesel. Am 11. März fand hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, die sich eines außerordentlich guten Besuches erfreute; auch eine Anzahl Sägewerksbestitzer, Direktoren und Sägemeister waren anwesend, um den Ausführungen unseres Gauvorstehers Kollegen Rath zu lauschen, der die Notwendigkeit des Anschlusses an eine starke Organisation den Anwesenden in überzeugender Weise vor Augen führte. An den sachlichen Schilderungen der Lage der Säger scheinen auch die Herren Sägewerksbestitzer und Sägemeister nichts auszufahren gehabt zu haben, da sich trotz wiederholter Aufforderung keiner der Herren zum Worte meldete. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf den zahlreichen Sägewerken von hier und Umgegend können aber auch von niemandem beschönigt oder gar verteidigt werden, herrscht doch vielfach noch täglich 17stündige! und noch längere Arbeitszeit bei Tageslöhnen von 1,20 bis höchstens 2 Mk. Vielfach wird Tag und Nacht gearbeitet, an den Samstagen muß in den meisten Sägen bis nachts 12 Uhr, in einigen sogar bis Sonntag morgens 4 Uhr! gearbeitet werden; Extrarentschädigung gibt es nicht. Fällt nun in die Woche einer der hier üblichen vielen Feiertage, so gehen Familienväter nicht selten mit 7 und 9 Mk. Wochenverdienst nach Hause. Wie die Arbeiter hier leben, kann sich nach dem Vorgeführten jeder denkende Arbeiter leicht zurechtlegen. Die Ausführungen des Redners fielen auch auf fruchtbaren Boden, indem sich eine Anzahl Kollegen sofort dem Verbands angeschlossen, und gelobten alle anwesenden Säger, mitzuwirken, daß es anders werde. Schon das Bestehen einer Organisation hat in Kempten bewirkt, daß in den Sägen, wo bisher noch 11 Stunden Arbeitszeit herrschte, diese bei gleichem Lohn auf 10 Stunden reduziert wurde; auch in Nürnberg und München errangen die Säger bessere Löhne mit Hilfe des Verbandes. Darum auf, ihr Holzarbeiter von Zwiesel und Umgegend, lernt den Wert der Organisation erkennen. Die Ausführungen unseres Gauvorstehers gaben uns Hoffnung und Zuversicht, unsere elende, unerträglich Lage einer Besserung zuführen, auch wir müssen ebnig werden. Besuche ein jeder die nächste Versammlung und werde neue Mitglieder.

Unsere Lohnbewegung.

Zugug ist fernzuhalten von:
Tischlern nach Altensteig (Pb. Maier sen.), Baugen (Töpfer & Gell), Braunschweig (Pianoortefabrik Zetter & Winkelmann), Bregl. Schl., Dannenberg a. G., Darmstadt, Elberfeld (Stevens), Ebing, Fischbach im Taunus (Schmidt), Fürstenwalde a. Spree, Greifenhagen, Meissen (Mähmaschinenfabrik Diesolt & Locke), Mühlhausen in Thüringen, Nordenham, Delz, Priebus (D. J. Schulze), Remscheid;
Tischlern, Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Darmstadt, Lübeck, Nürnberg, Rostock, Schwabach;
Tischlern, Drechslern, Stellmachern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Berlin (F. Drechsler, Gubenerstraße 38), Bielefeld (Cuyman & Co.);
Stuhl- und Sofaarbeitern, Tischlern, Polierern, Drechslern, Bildhauern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Celle, Geringswalde, Hartha, Rbnigstein in Sachsen (G. Greifenhagen), Leiznig, Mellenbach (Thermometerfabrik Staßen), Neuwallwitz, Schandau, Schwallungen, Schweitershain, Walbheim;

Mobelfabrikanten nach Ravensburg (Maschinenfabrik Weingarten);
Holzarbeiter nach Bruckmühl (Parkettfabrik Reich), Kaiserlautern (Weiß & Hildebrand), Stettin (Holzwarenfabrik Koppert);
Fensterahmenmachern nach Konstanz;
Stavilarbeitern nach Bonn, Mannheim (Scharf & Haut);
Drechsler nach Bonn, Bernau (Mickert);
Grimmdrechsler nach Cassel (Evens & Pistor), Leipzig;
Stoßdrechsler nach Nürnberg (Vorbe);
Berliner Arbeiter, Horn- und Silbnerarbeitern nach Berlin (Abramowski & Steiner);
Korbmachern nach Brandenburg a. S., Fürstentberg a. O., Guben, Kösschenbroda, Magdeburg (Reinecke), Neuzelle, Schönfließ, Themar (Otto Mäder), Schweiz;
Bürstenmachern und Drechsler nach Hamburg, Neuwied (Bürstenfabrik Unversum), Rostock, Anna i. W., Wilhermsdorf (Mithelsohn & Reiner), Schweiz;
Stellmachern nach Berlin;
Süßern und Sägewerksarbeitern nach Maaß bei München (Th. Kirsch & Söhne);
Korbarbeitern nach Schwerin i. M. (Zammers);
Werstarbeitern nach Königstein i. S.;
Pantinenmachern nach Cottbus (Fr. Meschke), Wittenberge.

In **Altenberg-Geising** sind in der Möbelfabrik von Wilhelm Diestelhorst Differenzen ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten.

In **Banzen** dauert der Streik in der Möbelabrik Löpper & Göl ununterbrochen fort. Von den 7 Arbeitwilligen gelang es 4 aus dem Betrieb wieder herauszuholen. Wir möchten alle Kollegen ersuchen, bei der bestreikten Firma ja keine Werkmeisterstellung anzunehmen. Sie werden damit doch nur diepiert, indem sie als Arbeitwillige Verwendung finden, und zwar zur Unternehmung der ungelerten Arbeiter. Wird der Zugang ferngehalten, dann müssen wir auch hier siegen.

In **Dorzenem** haben am 21. März die Drechsler bei der Firma Kutsche & Stelzer wegen Lohnunterschieden die Kündigung eingereicht. Es handelt sich um eine Differenz von einem Viertelcent bei einer neuen Arbeit. Die Firma will für dieselbe nur 2 1/2 Pf. pro Stück zahlen, die Kollegen verlangen aber 2 3/4 Pf., da ein Kollege bei 2 1/2 Pf. 4 Mk. pro Woche weniger als sonst verdient. Unterhandlungen des Hauptvorstehers hatten keinen Erfolg. Wir ersuchen um Fernhaltung des Zugangs, da anders die Firma wohl nicht zum Entgegenkommen veranlaßt werden kann.

In **Bonn** ist es am 17. März in der Drechslerwarenfabrik von Wilhelm Streck zum Streik gekommen. Zugang ist fernzuhalten.

In **Braunschweig** erhielten die 84 Abpuher und Polierer der Pianofabrik von Jetter & Winkelmann ihre am 15. März gestellten Forderungen um 15prozentige Erhöhung der Akkordpreise in Höhe von 12 bis 16 Prozent Zulage bewilligt. Die Firma, die noch erst verneinte, für derartige Sachen keine Zeit zu haben, dann wieder überhaupt nichts bewilligen zu können und zuletzt einige gemachte Zulagen auf andere Arbeiten wieder in Abzug zu bringen, besann sich schnell eines Besseren, als am 17. März die Kollegen einmütig die Arbeit niederlegten. Sie mußte sich sogar bequemen, unseren Geschäftsführer bei den Unterhandlungen zuzulassen. Am 20. März kam es danach dann auch schon zu einer Einigung und am 21. März erfolgte die Wiederaufnahme der Arbeit. — Für Braunschweig ist damit den Kollegen ein vorzügliches Beispiel zur Nachahmung gegeben.

In **Bruckmühl** ist es bisher zu einer Beilegung des Konfliktes noch nicht gekommen. Herr Reich hat zu der ersten Scharfmacherzeit eine zweite gefügt, indem er eine schwarze Liste der von ihm ausgesperrten versandt hat, worüber selbst die Provinzpresse ihrer Empörung Ausdruck gibt. Darüber in nächster Nummer mehr. Es wäre zweckmäßig, wenn die Parteilager des Bogen von Witten dieser Scharfmacherfirma verweigerten. Zugang von Wittenarbeitern nach hier ist streng fernzuhalten.

In **Celle** hat sich im Streik der Stuhlmacher noch nichts geändert. Streikbrecher sind bislang nicht zu verzeichnen. Die Unternehmer hoffen auf den 1. April, weil die Kollegen an diesem Termin Miete zahlen müssen und dann angeblich leicht mangelmütig werden können. Wenn die Fabrikanten sich nur nicht verrechnen. Von den Streikenden bei Wundenke ist die Hälfte bereits anderweitig untergebracht, und besinnen sich die Unternehmer nicht bald, so sind sie bald ihre guten Arbeitskräfte los. Vorläufig müssen die Herren Werkmeister tüchtig Hand anlegen, doch was können die beschicken! Zugang ist nach wie vor fernzuhalten.

In **Cottbus** haben die Pantinenmacher bei der Firma Meschke Differenzen bekommen. Zugang ist fernzuhalten.

In **Dannenberg a. Elbe** fordern unsere Kollegen Abschaffung von Kost und Logis beim Meister, 59 stündige Arbeitszeit und zehn Prozent Lohnzuschlag. Hier spotten die Arbeitsverhältnisse geradezu jeder Beschreibung. Kommt es doch vor, daß Gesellen zugemutet wird, in Meisterlogis zu zweit in einem Bette zu schlafen. Ferner muß noch 86 Stunden pro Woche gearbeitet werden bei 4,60 Mk. bis 10 Mk. Lohn. Die Kollegen mögen den Zugang von hier fernhalten.

In **Frankfurt a. Oder** haben unsere Kollegen bei den Meistern Forderungen gestellt auf Einführung der 56 stündigen Arbeitszeit, Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pf. und der Akkordlöhne um 15 Prozent. Schon am 20. März waren diese Forderungen in 7 Betrieben mit 44 Kollegen bewilligt. Am 21. März legten 208 Kollegen die Arbeit nieder, worauf in dem an der Bewegung nicht beteiligten Manz & Gerstenbergerischen Betrieb nach einer uns nach Redaktionschluß zugehenden Meldung 100 Kollegen ausgesperrt wurden. Nächste Woche mehr darüber. Wir bitten Zugang von Tischlern und Maschinenarbeitern streng fernzuhalten.

In **Forst** haben die Tischler Forderungen gestellt auf Einführung der 56 stündigen Arbeitszeit und Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pf. und gleichzeitig die Kündigung eingereicht. Wir bitten um Fernhaltung des Zugangs.

In **Geringswalde-Waldheim** ist die Situation nach Zeitungsberichten noch unverändert — ein Bericht über diese

größte der gegenwärtigen Bewegungen ist uns leider nicht zugegangen. Zugang ist streng fernzuhalten.

In **Gürlitz** sind die Arbeiter in der Waggonfabrik in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern Erhöhung der Stundenlöhne und Akkordpreise um 20 Prozent; die Direktion wollte eine Erhöhung der Stundenlöhne um 3 Pf., aber eine Erhöhung der Akkordpreise erst später eventuell eintreten lassen. Die Tischler, Stellmacher und Maschinenarbeiter waren mit diesem Anerbieten nicht zufrieden und forderten eine Erhöhung der Löhne um 5 Pf. pro Stunde; schließlich kam es mit der Direktion zu einer Einigung auf 4 Pf. pro Stunde Lohnerhöhung. Damit ist doch den niedrigen Stundenlöhnen, die bisher 25 bis 30 Pf. betragen, wenigstens in etwas gesteuert. Wir werden nun weiter sehen, was die Direktion bezüglich Festsetzung der Akkordpreise unternimmt. Für uns kamen 190 Mitglieder bei dieser Bewegung in Betracht.

In **Greifenhagen** sind in der Möbelfabrik des Herrn Willow Differenzen ausgebrochen. Herr Willow sucht die verheirateten Kollegen einzeln zu maßregeln und dadurch zum Austritt aus dem Verband zu zwingen. Zugang nach hier ist fernzuhalten.

In **Hamborn und Margloh** bei Ruhrtort ist die Lohnbewegung unserer Kollegen siegreich beendet. Es wurde ein Vertrag auf ein Jahr mit den Arbeitgebern vereinbart. Vom 1. April ab beträgt die Arbeitszeit 10 1/2 Stunden, vom 1. Juli ab 10 Stunden, zu dem bisherigen Stundenlohn erfolgt ab 1. April ein Aufschlag von 3 Pf., der Durchschnittslohn beträgt dann 43 Pf. pro Stunde, am 1. Juli erfolgt ein abermaliger Aufschlag von 2 Pf., so daß der Lohn dann 45 Pf. pro Stunde beträgt. Auch die übrigen gestellten Forderungen wurden fast durchweg bewilligt. Mit diesem Erfolg können die Kollegen vorläufig sehr gut zufrieden sein, vor allen Dingen deshalb, weil ohne Kampf vom 1. Juli ab die Hauptforderungen betreffs Arbeitszeit und Lohnhöhe vollständig eingeführt werden. Vorwärts zu weiteren Erfolgen.

In **Hannover** befinden sich die Tischler und Stellmacher schon seit einigen Wochen in einer Lohnbewegung. Die Kollegen werden gut daran tun, Hannover nicht gar zu sehr zu überlaufen.

In **Heide** in Holstein gelang es, den Lohn, der sich vor dem in Durchschnitt auf 32 Pf. pro Stunde belief, auf 35 Pf. im Minimum zu erhöhen. Mögen die Kollegen einig zusammenhalten, dann werden wir bald mehr erreichen.

In **Körschenbroda** dürfte es wohl zu einem Ausstand der Grünkorbmacher kommen, da die Unternehmer keinerlei Entgegenkommen zeigen. Wir ersuchen die Kollegen, den Zugang nach hier fernzuhalten.

In **Konstanz** dauert der Streik der Glaser und Zimmerer noch fort. Zugang ist fernzuhalten.

In **München** sind die Korbmacher in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie haben bereits Forderungen eingereicht. Die auswärtigen Kollegen werden gebeten, dies zu beachten.

In **Nordenham** sind am 19. März 62 Tischler um Erhöhung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit und eines Minimallohnes von 45 Pf. pro Stunde in den Streik eingetreten. Streikbrecher haben sich noch nicht angefunden, und trotzdem die Arbeitgeber mit einer allgemeinen Aussperrung drohen, können wir doch auf einen baldigen Sieg hoffen. Wir bitten, die heilige Zahlstelle zu meiden.

In **Niemtscheid** fand auf Wunsch der Arbeitgeber am 22. März nach zirta sechswöchigen Kampfe eine Verhandlung zwecks Beilegung des Streiks statt. Neben der Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden ab 1. April sollte den Streikenden eine Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde sofort und ein weiterer Pfennig ab 1. Mai gewährt werden. Damit wäre der bisherige Tagesverdienst erst nach dem 1. Mai wieder erreicht worden, womit sich die Streikenden nicht einverstanden erklären konnten. Außerdem sollte die verkürzte Arbeitszeit zur Verlängerung der Pausen verwendet werden, währenddem die Streikenden auf eine halbe Stunde früheren Arbeitschluß als wie bisher bestehen. Eine Einigung wurde nicht erzielt, der Kampf geht seinen bisherigen Gang weiter.

In **Neufahrweg** am 1. März die Tischler und Maschinenarbeiter Forderungen ein auf Verkürzung der Arbeitszeit auf 56 Stunden, eines DurchschnittsStundenlohnes für gelehrte Arbeiter von 45 Pf. oder Erhöhung des Lohnes um 5 Pf. pro Stunde auf alle Löhne über 40 Pf. die Stunde, für Tischler im ersten Gesellenjahr und ungelernete Maschinenarbeiter von 40 Pf. pro Stunde, Entschädigung für Arbeiten im Bau von 5 Pf. die Stunde, bei Montagearbeiten außerhalb Entschädigung von Kost und Logis, Entschädigung für Überzeitarbeit 10 Pf., für Nacht- und Sonntagsarbeit 20 Pf. pro Stunde, Anerkennung des Verbandsarbeitsnachweises usw. Die organisierten Unternehmer wollten lediglich die 59 stündige Arbeitszeit und keinerlei Lohn-erhöhungen bewilligen. Dieses Angebot wurde von unseren Kollegen entschieden abgelehnt, worauf nach und nach rund 200 Kollegen in den Ausstand traten. Da auch die späteren Verhandlungen mit den Unternehmern zu einem befriedigenden Resultat nicht führten, hält der Streik an und ersuchen wir, den Zugang streng fernzuhalten.

In **Neumar** steht die Bewegung noch auf dem alten Fleck. Die Bemühungen des Kollegen Pappo auf Beilegung des Streiks scheiterten an dem Widerstand der Unternehmer. Unsere Kollegen sollen die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen, was ja nun nicht geschieht. Der Klädersche Betrieb ist nach wie vor gesperrt.

In **Nitz** in Bayern sind in der Kofettfabrik von Moralt Differenzen ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten.

In **Wittenberge** stellten die Pantinenmacher am 16. März an die Unternehmer die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden und entsprechende Lohn-erhöhung. Darauf wurden sie kurzerhand entlassen. Es kommen 15 Kollegen in Betracht. Willingt es uns, den Zugang von Pantinenmachern nach Wittenberge fernzuhalten, dann werden wir die Bewegung bald zum guten Ende führen.

Aus der Holzindustrie.

Zur **Beitragserrhöhung**. Die am 25. und 26. März tagende Konferenz des Gauess Breslau erklärte sich mit 24 gegen 3 Stimmen für Einführung der Krank-entersicherung und Erhöhung des Beitrags auf 50 Pf.

Die **Ristenbauer Leipzigs** beschäftigten sich in mehreren Versammlungen mit der Verschmelzung der zurzeit bestehenden Organisationen. Seit dem Jahre 1902 besteht am Ort ein Lokalverein, welchem über 100 Kollegen als Mitglieder angehören, während nur 80 Kollegen dem Verband ange-schlossen sind. Bei der vorjährigen Lohnbewegung wurde die Zersplitterung lebhaft bebauert und wurde dadurch der Erfolg der Bewegung sehr beeinträchtigt. Die Kollegen beauftragten nunmehr die Lokalverwaltung des Holzarbeiterverbandes, eine allgemeine Ristenbauerverammlung einzuberufen, welche am 3. März stattfand. Nach einem Referat des Kollegen Gercke über: „Die Organisationen der Arbeiter und wie müssen dieselben ausgebaut werden“ fand eine lebhafte Debatte statt. In einer Resolution erklärte die Versammlung ihre Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten, und weiter wurde der Vorstand des Fachvereins beauftragt, sofort eine Entscheidung der Mitglieder herbeizuführen. Diese Resolution wurde in der gut besuchten Versammlung gegen zwei Stimmen angenommen, und in einer am 10. März stattgefundenen Mitgliederversammlung des Fachvereins wurde der Antrag, zum Holzarbeiterverband überzutreten, einstimmig angenommen. Es steht zu erwarten, daß dieser Beschluß von allen Mitgliedern befolgt wird und somit auch für die Ristenbauer die Grundlagen einer einheitlichen Organisation und Agitation geschaffen werden.

Gewaltsherrschaft — Menschenrechte. Unter dieser Überschrift brachte kürzlich das Organ des Christlichen Holzarbeiterverbandes einen Artikel, in welchem versucht wird die schäbige Handlungsweise eines arbeitswilligen Denunzianten zu rechtfertigen. Der Held des Stückes heißt Kerle, war früher Fabrikant, wurde 1900 arbeitswilliger und denunzierte im Jahre 1904 in einem Lohngeschäft seine Kollegen mit dem Resultat, daß diese am darauffolgenden Samstag entlassen wurden. Nach einigen Monaten kam der betreffende Geschäftsinhaber allerdings zu der Überzeugung, daß er mit indifferenter Leuten à la Kerle nur sein Geschäft ruinieren entließ die Gewerkschaften und stellte seine alten Leute wieder ein. Kerle wurde darauf Dienstmann und Musikant, bis in der Normalfaserfabrik von Wagner ein Streik ausbrach. Da war Kerle sogleich wieder als Klausreiber tätig, ja er bot sich dem Arbeitgeber an, wie die Christlichen in Köln noch mehr so traurige Gesellen herbeizuschaffen. Nichtsdestoweniger nahm ihn der Christliche Holzarbeiterverband als Mitglied auf, trotzdem er von unseren Kollegen vor den würdigen Herrn gewarnt war.

Zur **Beilegung des Streikbruchs** schlägt das christliche Organ die merkwürdigsten Kapriolen; so heißt es dort:

„Den ersten Fall kann man so lange nicht als Streikbruch gelten lassen, als feststeht, daß der feinerzeitige Vertrauensmann der Bude nicht den Mut fand, die Forderungen der Arbeiter vor dem Arbeitgeber zu vertreten. Zum Streik in der Wagnerischen Normalfaserfabrik in Januar 1905, wo der zweite Streikbruch verübt worden sein soll, ist festzuhalten, daß er entgegen den gewerkschaftlichen Grundregeln inszeniert wurde. Der Hauptvorstand in Stuttgart hat die Genehmigung zur Bewegung nicht erteilt. Als der Kollege Kerle das Arbeiten anfang, waren bereits zirka 15 arbeitswillige vorhanden; diese arbeitswilligen sind zum Teil im sozialdemokratischen Verband Mitglieder.“

Demgegenüber ist zu bemerken: Es ist nicht wahr, daß der Vertrauensmann nicht den Mut hatte, die Forderungen zu vertreten. Tatsache ist, daß Kerle mit dem Delegierten zusammen von den Kollegen beauftragt war, die Forderungen vorzutragen, allein Kerle weigerte sich, mit vorstellig zu werden. Dieser Fall wird ihm auch nicht als Streikbruch, sondern als Denunziation angerechnet. Es kam dort auf gar nicht zum Streik, weil auf die Denunziation des Kerle hin die Kollegen entlassen wurden. Unwahr ist, daß Streikbrecher der Normalfaserfabrik Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes sind. Unwahr ist ferner, daß der Delegierte Grimwald äußerte: „Sie hätten so lange kein Mut von Berlin, bis Kerle entlassen ist.“ Unwahr ist ebenfalls, daß in einer hiesigen Möbelfabrik wiederholt der Beschluß gefaßt wurde, die Christlichen müßten aus der Werkstätte hinaus. Dazu besteht keine Veranlassung, solange es sich um anständige Arbeiter handelt, und ein derartiger Beschluß würde von der Verwaltung niemals gebilligt werden. Eines wundern uns, daß nämlich die Entlassung eines christlichen Stuhlbauers in der Möbelfabrik von Ballin megal Diebstahl nicht auch dem Deutschen Holzarbeiterverband in die Schuhe geschoben wird. Wollten wir alle Vorkommnisse registrieren, die sich als Terrorismus der christlichen Brüder den Verbandsmitgliedern gegenüber charakterisieren, dann würde der Raum der „Holzarbeiter-Zeitung“ dazu nicht ausreichen. Wir verzichten aber gern darauf, da uns das Allgemeininteresse der Arbeiter viel höher steht, als daß wir uns dazu hergeben könnten, den Scharfmachern Wasser auf die Mühle zu liefern.

Submissionsblüte. Mit den albernsten Nebenartikeln wird jede bescheidene Lohnforderung der Gehilfen seitens der Arbeitgeber bekämpft und der drohende Ruin des Schreiner-gewerbes in nahe Aussicht gestellt, wer aber zu letzterem am meisten beiträgt, das sind die Herren Meister selbst, und ein Vorkommnis der letzten Zeit liefert hierzu wieder den besten Beweis. Wurden da in München 8 Schreinermeister zur Offertabgabe in beschränkter Submission für Herstellung eines reichen gotischen Plafonds zum Bürgermeisterzimmer im neuen Rathaus geladen, und das Ergebnis? — Meister R. erbot sich, diesen Plafond um 7500 Mk. zu fertigen während R. & Sch. hierfür 14.507 Mk. verlangte, das ist eine Preisdifferenz von rund 100 Prozent. Sechs Offerten bewegten sich in der Höhe von 10.000 Mk. und darüber, nur zwei davon waren bedeutend darunter. Der Plafond mißt 73 Quadratmeter, es kommt der Quadratmeter daher auf 102 Mk. zu stehen bei R., während R. & Sch. hierfür 200 Mk. berechnete; dabei handelt es sich um einen äußerst reich gegliederten, aus tadellosem Eichenholz geschnittenen Raffettenplafond mit äußerst komplizierter Kröpferei. Und dies bei einer beschränkten Submission von 8 ausgesuchten Schreinermeistern!!

Wo bleibt denn da der Arbeitgeberverband mit seinen Behauptungen der schlimmen, durch die Gehilfen verschuldeten Lage des Gewerbes?

Gewerkschaftliches.

„Politische Aufklärung.“

Unter der Stichmarke „Gewerkschaftliche Aufklärung“ vermerkt die „Leipziger Volkszeitung“ einen Fall aus Grimmitzschau, der beweist, „was die Erziehung der Arbeiter zu politisch neutralen Gewerkschaftlern für Früchte zeitigt“. Das Grimmitzschauer Gewerkschaftskartell hat unter den ihm angeschlossenen Gewerkschaften eine Umfrage veranstaltet, um Aufschluss über die Zugehörigkeit der Gewerkschaftsmitglieder zur politischen Organisation und über ihre Zeitungslektüre zu erlangen. Die Buchdrucker hatten nun beschlossen, die Beantwortung der Fragebogen mit der Begründung abzulehnen, „dies greife zu weit in die Privatverhältnisse des einzelnen ein, das Kartell habe damit die Neutralität der Gewerkschaften nicht gebahrt“. Wir verstehen es, wenn sich die „Leipziger Volkszeitung“ über diese Haltung der Grimmitzschauer Buchdrucker entrüstet, für uns kann es nun einmal eine politische Neutralität der Gewerkschaften nicht geben, auch stehen wir auf dem Standpunkt, daß es im Interesse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft liegt, sich in der sozialdemokratischen Partei zu organisieren und die sozialdemokratische Presse zu abonnieren. Wir halten es aber für deplaziert, wenn das Leipziger Parteiorgan dem Grimmitzschauer Kartell anrät, den sich so neutral gebärdenden Gewerkschaftlern die Frage vorzulegen, welchem Schafkopfflub oder Klimbimverein die betreffenden Gewerkschaftsmitglieder angehören, da werde es jedenfalls eine reichere Ernte einheimen als bei der Frage der Zugehörigkeit zur politischen Organisation. Einmal bilden die Masse der Gewerkschaftsmitglieder das Rückgrat der sozialdemokratischen Partei, und dann wird in Parteireisen in punkto der gewerkschaftlichen Organisation zumtiefst ebenso sehr gesündigt, als in punkto der politischen Organisation in Gewerkschaftskreisen gesündigt wird.

Wir können das an einem drastischen Beispiel demonstrieren, welches auch der „Leipziger Volkszeitung“ nicht ganz gleichgültig sein darf. Es wird der Gewerkschaft recht schwer gemacht, in die Großbetriebe der Pianoforteindustrie einzudringen. So kann der Holzarbeiterverband auch in dem größten deutschen Betrieb der Pianofortbranche, der Fabrik von Julius Blüthner in — Leipzig, nur schwer festen Fuß fassen. Die dort beschäftigten älteren Kollegen sind wohl politisch organisiert, sie sind Leser der „Leipziger Volkszeitung“, und sie heben das gelegentlich auch mit Stolz hervor, aber ihre gute Gesinnung und Überzeugung, ihr politisches Pflichtgefühl und ihr Massendbewußtsein reicht doch nicht so weit, daß sie sich gewerkschaftlich organisieren.

Der Fall, daß politisch organisierte Kollegen sich beharrlich weigern, der Gewerkschaft beizutreten, scheint übrigens nicht so selten zu sein. Wurde uns doch jüngst erst aus einer Stuttgarter Klavierfabrik berichtet, daß ein politisch organisierter und politisch hervorragend tätiger Kollege, der in seinem Wohnort die Stellung eines Vorsitzenden der Partei und eines sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieds bekleidet, sich dort durch gewerkschaftlichen Indifferentismus unliebsam bemerkbar mache. Und die „Bremer Bürgerzeitung“ konnte kürzlich aus Hemelingen berichten, daß dort ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei eine führende Rolle bei den — Hirsch-Dunderschen spielen. Ja, in Thüringen ist es erst letztes Jahr noch vorgekommen, daß in einem der dortigen Raubstaaten ein Parteigenosse als Landtagskandidat aufgestellt worden ist, der gewerkschaftlich bei den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften organisiert war.

Wir meinen, das sind für die Partei geradezu unwürdige Verhältnisse, sie stellen der Agitation der Partei und der Parteipresse das denkbar schlechteste Zeugnis aus, und letztere hätte alle Veranlassung, wenn sie über die mangelhafte politische Aufklärung der Gewerkschaftler höhnt, der mangelhaften gewerkschaftlichen Aufklärung der Parteigenossen nicht zu vergessen.

Verschwiegen soll hierbei nicht werden, daß im letzten Jahre Hand in Hand mit dem Bestreben einzelner Gewerkschaften, für die politische Organisation ihrer Mitglieder zu wirken, das Bestreben einzelner Parteiorganisationen ging, die gewerkschaftliche Organisation der Parteigenossen durchzuführen. Besonders haben einzelne Berliner Parteiorganisationen in dieser Hinsicht seit Jahren vortrefflich gearbeitet.

Der erste Schiffskongress für alle in der Schifffahrt und im Schiffbau beschäftigten Arbeiter fand vom 19. bis 21. März in Berlin statt. An demselben nahmen teil Vertreter der Verbände der Seeleute, Hafenarbeiter, Schiffszimmerer, Maschinenisten und Heizer, Holzarbeiter, Metallarbeiter, Schmiede, Kupferschmiede, Handels- und Transportarbeiter und Fabrikarbeiter. Unser Verband hatte 14 Delegierte entsandt, darunter auch den Verbandsvorsitzenden, Kollegen Klotz, dem Neuen Müller-Hamburg der Vorsitz übertragen wurde. Neben den genannten Gewerkschaften hatten noch einige Seemannische Berufsvereine Vertreter geschickt, dagegen hatten die eingeladenen Reichsbehörden, wie bei sonstigen Arbeiterkongressen, die Beteiligung abgelehnt.

Der erste Verhandlungstag wurde ausgefüllt durch ein umfangreiches Referat von Müller-Hamburg über „Die soziale und rechtliche Stellung der seemannischen Bevölkerung“. Auf eine Diskussion wurde verzichtet und die vom Referenten vorgelegte Resolution einstimmig angenommen. Über die Arbeitsverhältnisse und die soziale Fürsorge für die Hafenarbeiter, Binnenflößer, Flößer, Zugschiffahrtsleute und Heizer sprach am zweiten Tage Döring-Hamburg, während Kirchner-Berlin als zweiter Referent besonders die Lage des Maschinenpersonals in der Fluß- und Schiffschiffahrt zum Gegenstand seines Vortrags machte. Der letzte Verhandlungstag wurde durch ein äußerst interessantes Referat des Lübecker Arbeitersekretärs Wissell eingeleitet, der über „Die Unfall- und Erkrankungsgefahr der Arbeiter auf den deutschen Werften und die Mittel zu ihrer Ver-

hütung“ sprach. In der von ihm vorgelegten Resolution, die einstimmig angenommen wurde, wird eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit, ein Verbot der Alfordarbeit für gefährliche Arbeiten und die Anstellung von Arbeiterkontrollleuten gefordert. Die Errichtung einer ständigen Schutzkommission erklärte der Kongress für erstrebenswert, die zur Einsetzung derselben erforderlichen Vorarbeiten wurden den beteiligten Zentralvorständen überlassen.

Der Bauhilfsarbeiterverband hat im Jahre 1905 eine geradezu glänzende Entwicklung genommen. Seine Mitgliederzahl steigerte sich von 89 027 auf 88 225, also um 19 198 oder rund 50 Prozent. Das Verbandsvermögen stieg im Jahre 1905 von 219 997,70 M. auf 397 937,40 M.

Der Buchbinderverband brachte es im letzten Jahre von 16 608 auf 17 861 Mitglieder, vermehrte seine Mitgliederzahl also um 1253. Das Vermögen des Verbandes belief sich am Jahresschluß 1905 auf 285 969,47 M.

Der Fleischerverband hatte am Jahresschluß 2484 Mitglieder gegen 2300 am Jahresanfang 1905. Das Gesamtvermögen des Verbandes stieg im Jahre 1905 von 7457 M. auf 7672,96 M.

Der Eisenarbeiterverband hielt seinen neunten Verbandstag vom 26. Februar bis 2. März in Stettin. Eine der wichtigsten Angelegenheiten, mit welcher sich der Verbandstag zu beschäftigen hatte, war die Frage der Verschmelzung des Verbandes mit den Organisationen der Eisenbahner, der Handels- und Transportarbeiter und der Seeleute. Es wurde beschlossen, auf Grund eines von den beteiligten Zentralvorständen ausgearbeiteten Entwurfes im nächsten Winter eine Urabstimmung unter den Mitgliedern vorzunehmen. Einem Kartellvertrag, der inzwischen von den Verbänden abgeschlossen und von den anderen Organisationen bereits angenommen wurde, erteilte der Verbandstag seine Zustimmung. Der Verbandsbeitrag bleibt in der seitherigen Höhe, wird aber künftig für 44 statt jetzter 39 Wochen im Jahre bezahlt. Das Verbandsorgan, das bisher vierzehntägig erschien, erscheint ab 1. Januar 1907 wöchentlich.

Der Stimmahnerverband steigerte seine Mitgliederzahl im Jahre 1905 von 4532 auf 5517, hatte also eine Zunahme von 985 Mitgliedern. Der Verband verfügte am Jahreschluß über ein Verbandsvermögen von 135 884,44 M.

Unternehmerbewegung.

Znunungszytpe.

Es gibt kaum etwas Widerlicheres als einen aufgeblasenen Znunungsrauter, dessen vornehmstes Streben darauf gerichtet ist, die Lebenshaltung der Arbeiter möglichst herunterzudrücken, auf die Gefahr hin, daß das ehrbare Handwerk, als dessen Beschützer sich die Herren aufspielen, dadurch auf das ernsteste gefährdet wird. Als typisches Muster dieser Sorte Handwerksleiter können die Herren von der ehrsamem Schusterzunft in München bezeichnet werden. Der Vorstand dieser Zunft ist Gegner einer guten Lehrlingsausbildung und hat einen fälschlich gefassten Beschluß in dieser Richtung damit begründet, daß — die Gesellen besser bezahlt werden müßten, wenn sie mehr gelernt haben.

Bei einer Gesellschaft, die sich von solchen Gesichtspunkten leiten läßt, kann man das nachstehende Stücken verstehen, das man sonst in unserem modernen Zeitalter kaum für möglich halten sollte. In der städtischen Fortbildungsschule für Schuhmacher unterrichtet ein akademisch gebildeter Lehrer, der es anscheinend mit seinen Aufgaben recht ernst nimmt, denn er hatte das Bedürfnis, auch die Praxis der Schuhmacherei kennen zu lernen. Zu diesem Zwecke wollte er bei einem Meister in die Lehre gehen. Nun kamen aber die Herren vom Arbeitgeberverband der Schuhmacher zusammen und betätigten ihre Feindschaft gegen eine tüchtige Ausbildung des Nachwuchses im Handwerk dadurch, daß sie den Meistern verboten, dem Lehrer praktischen Unterricht in der Schuhmacherei zu geben. Schließlich fand sich aber ein Meister, der für den Lehrer arbeitete, diesen als Lehrling aufzunehmen. Der akademisch gebildete Schusterlehrling sah nun nicht mehr ein, warum er dem Schmeißel, Stiebt und Hobel zu rühnen Spiel, und nach fünf Monaten machte er ein Paar neue Stiefel als Gesellenstück. Damit, daß der Herr sich dieser Arbeit unterzog, hat er sicherlich seinen Schülern in der Fachschule und damit dem ganzen Münchener Schuhmachergewerbe einen hervorragend guten Dienst geleistet. Das wird jeder objektive Beurteiler des Falles ohne weiteres anerkennen, aber nicht so die verbohrtten Znunungsrauter. Sie bearbeiteten den Lehrmeister des Lehrers so lange, bis er sich endlich entschloß, jetzt drei Jahre nach jener Lehrzeit, vom Magistrat, als der vorgesehten Behörde der Fachschule, ein Lehrgeld im Betrag von 225 M. k. zu fordern.

Dieser Tage kam dieses liebliche Znunungsdyll im Münchener Magistrat zur Sprache, bei welcher Gelegenheit die Vorniertheit der Herren von der Zunft gebührend beleuchtet wurde. Um des lieben Friedens willen entschloß man sich, statt der geforderten Summe 100 M. zu bewilligen. Es wurde dabei die Verstärkung geduldet, daß diese Angelegenheit in der nächsten Generalversammlung der Schuhmacherei in einem für den Magistrat wenig wohlwollenden Sinne behandelt werden würde. Auf diese Verhandlung der ehrbaren Znunungszytpe darf man wirklich gespannt sein.

Der Verband sächsischer Industrieller beschloß, eine Gesellschaft für Streikentschädigung zu gründen, sobald der Verein deutscher Arbeitgeberverbände eine zentrale Rückversicherungsgesellschaft gebildet hat.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Schutz der Arbeitswilligen.

Zu den bekannnten nützlichen Elementen mit dem empfindlichen Ehrgefühl gehört der Mechaniker Kurt Meichelt aus Reudnitz, welcher während des Gummitarbeiterstreiks bei Penin in Leipzig-Plagwitz dieser Firma seine sehr schätzbare Arbeitskraft zur Verfügung stellte. Es gelang, den Arbeitswilligen ins Streiklokal zu bringen, wo der Brave einen größeren Unterstützungsbetrag locker zu machen hoffte. Als er seine Hoffnung nicht voll erfüllt sah, und insbesondere seine Drohung, wieder bei Penin arbeiten zu wollen, die er elf Tage nach dem ersten Besuch auf dem Streiklokal aus-

sprach, nur Heiterkeit erregte, ihm aber kein Geld in den Beutel brachte, da erwachte in ihm das Ehrgefühl, das so lange geschlummert hatte. Meichelt machte nun plötzlich die Entdeckung, daß er schon beim ersten Besuch auf dem Bureau beleidigt worden war. Er lief also zum Rabi, um seine ramponierte Ehre reparieren zu lassen. Das Schöffengericht in Leipzig verurteilte auch den Kollegen Meichelt zu einer Woche Gefängnis, weil er zu dem Arbeitswilligen angeblich gesagt haben soll: „Da gehe nur hin und mache den Streikbrecher.“ Gegen dieses Urteil legte Meichelt Berufung ein. Von der Strafkammer wurde die Verhandlung zweimal vertagt. Schließlich wurden die Behauptungen des Arbeitswilligen von einer Reihe einwandfreier Zeugen widerlegt und dem Kronzeugen Meichelt mit der empfindlichen Ehre eine ganze Anzahl Widersprüche nachgewiesen. Auch der Umstand, daß der Ehrenmann vor nicht zu langer Zeit zu Gefängnis und Ehrverlust verurteilt wurde, konnte das Gewicht seines Zeugnisses in den Augen des Gerichtshofs nicht wesentlich herabsetzen. Der bekannte Landgerichtsdirektor Naukisch verkündete das Urteil, durch welches die Strafe Meichelts auf vier Tage Haft festgesetzt wurde. — Wenn Gewerkschaftsführer vor Gericht stehen, ist es eben schwer, einen Freispruch zu erzielen, selbst dann, wenn die Anklage auf so schwachen Füßen steht wie im vorliegenden Falle.

Der christliche Pfefferverwerker in Köln, von dem wir in Nr. 3 der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichteten, hat milde Richter gefunden. Gelegentlich des Kölner Schreinerstreiks, bei welchem der christliche Holzarbeiterverband seine Mitglieder zum Streikbruch anhielt, hatten es einige dieser Glien unternommen, bei einer Versammlung der Streikenden außen am Fenster zu lauschen. Es kam infolgedessen zu einem Wortwechsel mit den Ausständigen, bei welchem sich der christliche Schreiner Josef Kiene echt christlicher Waffen bediente. Dieser fromme Knecht Fridolin trug eine Tasche voll Pfeffer bei sich und warf davon eine Handvoll seinen Gegnern in die Augen. Für diese Heldentat hatte er sich dieser Tage vor dem Kölner Schöffengericht zu verantworten. Er redete sich damit hinaus, daß er vorgab, aus Notwehr gehandelt zu haben, da seine beiden Kollegen vorher mißhandelt worden wären. Von mehreren Zeugen wurde dagegen befundet, daß die Mißhandlung der Christen nur eine Folge der heimtücklichen Pfefferverweerei gewesen sei. Merkwürdigerweise war ein Ehepaar, das gehört hatte, wie einer der Christen nachher seinem Freunde gegenüber geäußert hat: „Es ist schade, daß das fehlgeschlagen ist!“, nicht als Zeugen geladen worden, vielleicht wäre das Urteil dann anders ausgefallen. Das Schöffengericht schenkte nämlich dem Vorbringen des Angeklagten Glauben und billigte ihm zu, in der „Notwehr“ gehandelt zu haben. Der Pfefferverwerker Kiene wurde deshalb freigesprochen, obwohl der Staatsanwalt Bestrafung beantragt hatte unter Hinweis darauf, daß die Tat eine gemeine Handlung sei. Dieser Meinung sind auch wir, trotz des erzielten Freispruches.

Briefkasten.

* Einige Einsendungen mußten infolge Stoffandranges bis zur nächsten Nummer zurückgestellt werden.

Saalfeld. O. S. Am 20. März, also früh genug für die Nr. 13 unserer Zeitung, übersendest Du uns ein Eingefand, das sich gegen ein in Nr. 2 unserer Zeitung erschenenes Eingefand des Kollegen K. H. Mugsburg wendet. Das kann aber doch nicht angehen, daß wir jetzt noch über ein Eingefand polemisieren, das vor 11 Wochen bereits erschienen ist. War eine Entgegnung notwendig, so mußte sie umgehend erfolgen. Wir können Dein Eingefand deshalb nicht veröffentlichen.

Leipzig. M. G. Berichte sollen bekanntlich abgestempelt sein; das war bei Deinem wieder nicht der Fall.

Stargard. S. B. Euer Telegramm kam für die Nr. 11 zu spät in unsere Hände. In der Nr. 12 konnten wir ein Telegramm, das sechs Tage alt war, nicht mehr brauchen. Ihr hättet ja in diesen sechs Tagen reichlich Gelegenheit gehabt, die Redaktion, wie es eure Pflicht war, über die dortigen Differenzen brieflich zu unterrichten. Das ist nicht geschehen, also trifft Euch die Schuld, wenn über eine Sperre bisher in der Zeitung nichts veröffentlicht wurde.

Worms. J. Kr. Wir wissen wirklich nicht, was Du eigentlich willst, haben die Postkarte deshalb beiseite gelegt.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (G. S. 3 in Hamburg).

Den Ortsbeamten zur Kenntnis, daß die Formulare zur Aufstellung der Abrechnung abgesandt sind. Orte, in denen solche nicht eintreffen sollten, wollen sich gefälligst melden.

Aberchüsse sandten ein in der Zeit vom 2. bis 22. März: Berlin F 800 M., Chemnitz, Berlin C je 600, Altona, Berlin H, Weizensee je 400, Halle, Gurtisch je 300, Dessau, Glessburg, Kaiserslautern, Düsseldorf, Rodenheim, Ravensburg, Rastel, Halberstadt, Mundenheim, Steglitz, Erlangen, Spandau je 200, Berg-Blabach, Volkmarzdorf, Weinheim, Friedrichsdorf, Wittenberg, Friedenau, Schmidlan je 150, Werben 125, Roda, Grathen, Zeulenroda, Kulmbach, Bachnang, Aterjen, Kleinhäusen, Schwarzga, Bruck, Stendal, Meiderich je 100, Altona 80, Burgsteinfurt 75, Nieder-Wöllstadt, Rheissen 50. Summa 8850 M.

Zuschüsse erhielten: Berlin E 500 M., Rosenheim, Reindendorf je 300, Bonames, Geddesheim, Neumied, Hamburg, Böhlitz-Chrenberg, Briß, Würzburg I, Augsburg, Wlm, Borsich, Charlottenburg je 200, Duisburg, Oberrad, Seeheim, Reichenbach, Hornberg, Behringhausen, Neustadt a. S. je 150, Dürkheim, Weimar, Pforzheim, Pirmseberg, Dörnberg, Pasewalk, Breitenbach, Gdingen, Schwartau, Weilburg, Rothendittmors, Fackenburg, Ruppurr, Trotha, Elmstein, Grünwettersbach, Dshas, Herdecke, Wolfenbüttel, Braunschweig, Camberg, Bergen, Friedrichshagen, Güstrow, Westhofen, Gr.-Lüder, Weiterstadt, Schöneberg je 100, Mühlhagen 90, Gemethal, Plaue je 80, Bohenheim, Gvrlitz je 75, Benschheim 60, Brieg, Buchheim, Burg-Gräfenrode, Bruchhöbel, Bumlau, Rempfen, Fürth je 50. Summa 7960 M.

Krankengeld an Einzelmitglieder wurde gezahlt: 2080,89 M. U. Duc, Hauptkassiere

Veranstaltungs-Anzeiger.

Sahl (Züringen). Die Veranstaltungen finden jeden ersten und dritten Sonntag im Monat nachmittags 8 Uhr in Domburgs Ansicht statt.

Anzeigen.

Basel. Holzarbeitergewerkschaft. Allen über Basel durchreisenden Kollegen teilen wir mit, daß unsere Herberge, Verkehrslokal, Arbeitsnachweis und Auszahlung der Viehrentenunterstützung von jetzt ab im Gasthof zum roten Ochsen, Ochsenstraße in Kleinbasel, verlegt ist. Der Sektionsvorstand.

Wiesbaden. Unser Arbeitsnachweis befindet sich bei Kollege Erber, Kaiserstraße 46, wofür auch die Viehrentenunterstützung ausgezahlt wird. Umgehungen streng verboten. Verkehrslokal, Kaiserhof, Wiesbadenerstraße 89.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Wilsch, Hermannstraße 26, S. I. r. Umgehungen strengstens verboten. Die Viehrentenunterstützung wird bei Heuchel, Schulgasse 4, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Wiesbaden. Bevollmächtigter Hermann Wolf, Wiesenstraße 7, Raffener Hermann Raumann, Polsterstraße 5 II. Arbeitsnachweis und Auszahlung von Viehrentenunterstützung in Rämpfers Restaurant, Schützenstraße 8. Die Kollegen werden ersucht, das Umgehungen zu unterlassen.

Wiesbaden. Gesucht wird Christian Barth, Schreiner, von Cölnar (Glad), geb. 13. 8. 86, Buchn. 15571, bis Januar 1906 Mitglied der Holzarbeitergewerkschaft Basel, jetzt unbekannt abwesend. Wer seinen letzten Aufenthaltsort weiß, wird gebeten, dies der Holzarbeiter-Gewerkschaft Basel, Gasthof zum roten Ochsen, mitzuteilen.

Wiesbaden. Die Angabe der Adresse des Kollegen Waldeemar Brodat, geb. 12. 1. 85, ersucht. Die Lokalverwaltung Kiel.

Wiesbaden. Die Bahnhofs-Konkurrenz hat noch 15 Umanach abzugeben.

Wiesbaden. Der Tischler Paul Salm aus Gauen i. Sachsen wird gebeten, seine Adresse an seinen Bruder Erwin Salm in Hagenberg bei Olmitz i. B. zu senden.

Wiesbaden. Tüchtige Kuffertischler finden lohnende eventl. dauernde Stellung bei Kieh. Bauhof, Möbelfabr., Helmstedt.

Wiesbaden. Drei tüchtige Tischler auf gute Möbel für dauernd gesucht. H. Wühlert, Sudwigslust, Mecklenburg.

Wiesbaden. Mehrere tüchtige Möbelschreiner für dauernd gesucht bei E. Wilms, Möbelfabrik, Bad Nifflingen.

Wiesbaden. Tüchtige Schreiner per sofort für dauernde Beschäftigung gesucht. Hermann Bender Jr., Holzwarenfabrik Kirchheim u. S.

Wiesbaden. Mehrere Stuhlbaner und Möbelschreiner auf dauernde und lohnende Beschäftigung gesucht. Möbelfabrik Gaisdorf (Würt.).

Wiesbaden. Gesellschafter auf moderne Richtung tüchtig im Fach und solid suchen Jean Haag & Cie. Gesellschafter, Söcherdorf b. Luzern.

Wiesbaden. Junger Drechsler sucht Stellung auf Straßbetrieb. Paul Strobel, Drechsler Oberreichenbach i. S., 3. Spe. b. v. i. f.

Wiesbaden. 3 durchaus tüchtige Drechsler auf dauernde Arbeit sofort ges. Lohn 37 Pf. pro Stunde. Pätzburger Drechslerwarenfabrik G. m. b. H., Pätzburg b. Hensburg.

Wiesbaden. Stockarbeiter (Streitraspeler bevorzugt) sucht G. Adolf Richter, Stockfabrik, Magdeburg.

Wiesbaden. Ein tüchtiger, zuverlässiger Stellmacher-geselle wird zum sofortigen Eintritt gesucht. Schmiedemeister Peter Becker Tholey, Bezirk Trier.

Wiesbaden. Platten-Gesellschafter, mit den modernsten Rohrmöbeln vertraut, stellt sofort ein H. Winkler, Grimma.

Wiesbaden. Wir suchen fortwährend Korbmacher auf Backfärbe. Schöne Weiden, hoher Lohn. W. Caspers Korbwarenfabriken Monheim a. Rh. b. Düsseldorf.

Wiesbaden. Korbmacher auf groß und klein Geschlagenes findet sofort bei hohem Lohn dauernde Arbeit G. Rau, Oberfeld, Schwannstraße 24.

Wiesbaden. 2-3 junge Korbmachergesellen auf Rohr und Geschlagenes sofort gesucht. Dauernder Lohn. Reisegeld wird nach Überreinfahrt vergütet. O. Evers, Wilm-Str. 16 i. H. S. S.

Wiesbaden. Drei Korbmachergesellen auf Grün (rund) finden dauernde und lohnende Beschäftigung bei Emil Krause, Korbmachermeister Angermünde, Rosenstraße 16.

Wiesbaden. Ein Korbmachergeselle auf groß Geschlagenes und Grün per sofort gesucht. H. Hirsch, Fürstentwade (Spree) Junterstraße 28.

Wiesbaden. Tüchtige Korbmacher auf Weisfärbe stellt sofort ein. H. Winkler, Grimma.

Wiesbaden. Korbmacher auf Geschlagenes und Rohrarbeit gesucht. H. Naaber, Varmen, Berlinstraße 106.

Wiesbaden. Korbmacher auf Weisfärbe dauernd gesucht. Paul Lux, Frankfurt a. M. Seidelstraße 14.

Bürstenmacher.

Ein tüchtiger Pecher und ebenso zwei bis drei Einziger gesucht von Offenbacher Konsum- und Produktions-Genossenschaft * Offenbach am Main.

Arbeiter zum Färb- u. Rohhaarzurichten gesucht. Gebr. Wallach, Mainz.

Sichere Brotstelle für Anfänger. Tischlerei, Grundstück, auch Magazin, ca. 25 Jahre bestehend, in aufblüh. Provinzialstadt, an Hauptstr. geleg., auch Schaufenster m. elektr. Lichtanlage versehen, nachweislich gut gehend, größerer Unternehmungen weg. u. Fortzug bei preiswert. Anzahlung für 20 000 Mk. zu verkaufen. Für strebsam. Fachmann gute Spitzens., da Kundenschaft für lohnende Spezialartikel bei Kassazahlung vorhanden ist. Offerten unter G. Z. 65 an die Exp. d. Ztg. erbeten.

Tischler-Fachschule. Zeichner, Werkführer, Meister. Neustadt i. Meckl. Staatlich subv. Progr. kostenlos.

Zur Malfeiler usw. In unserer Nebereiverkstatt werden von gemäßigten Genossen Malfeiszeitchen, Rosetten, Schärpen, Vereinsabzeichen, Fahnen usw. verfertigt und bitten um Abnahme. Kataloge gratis. Gewerkschaftsartikel in Vorrath i. Bad. Adresse: J. Klüssler in Säckingen a. Rh.

Durch die Expedition unserer Zeitung können nachstehend verzeichnete Bücher bezogen werden:

Das Beizen und Färben des Holzes von W. Zimmermann, Chemiker und Lehrer an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule in Barmen. Zweite Aufl. (Kleine Ausgabe.) 83 S. Preis broschiert 1,50 Mk., mit Porto 1,60 Mk. Dritte Aufl. (Grosse Ausgabe.) 129 S. Preis broschiert 2,50 Mk., mit Porto 2,60 Mk.

Moderne Farben auf Holz, eine Musterkarte mit 138 Farbentönen (Bezeichnungen). Supplement zur vorstehenden dritten Aufl. Preis 5 Mk., mit Porto 5,20 Mk.

Der Modelltischler von Fr. W. Hesse, Modelltischler. Mit 313 Textabbildgn. 164 S. Preis broschiert 4,50 Mk., mit Porto 4,70 Mk.

Der Dorfschreiner von A. u. M. Graef. 24 Tafeln und 6 Werkstattzeichnungen mit Text. In Mappe. Preis 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

Der Landtischler von A. Graef. Entwürfe zu einfachen Möbeln. Dritte, vollständig neubearbeitete Auflage. 28 Foliotafeln und 8 Werkstattzeichnungen in natürl. Grösse. In Mappe. Preis 7,50 Mk., mit Porto 8 Mk.

Jubiläums-Katalog von Paul Horn. Anleitung zum Polieren, Beizen, Mattieren, Lackieren usw. 130 Seiten. Preis broschiert 1,50 Mk., mit Porto 1,60 Mk.

Der Buchhaltungs-Meister von Paul Horn. Leichtfassliche und gründliche Anleitung zur Einrichtung einer ordn. neuen Buchführung. Preis broschiert 60 Pf., mit Porto 70 Pf.

Praktisches Unterrichtsbuch für Tischler, Bildhauer, Drechsler usw. von Ernst Loose. 220 S. Preis kartoniert 4 Mk., mit Porto 4,20 Mk.

Der Schreiner von H. F. A. Stöckel. Elfte neubearbeitete und verbesserte Auflage von A. u. M. Graef. Textbuch mit 21 Abbildungen, 316 Seiten und Atlas mit 36 Tafeln. Preis broschiert 10,50 Mk., mit Porto 11 Mk.

Der Möbeltischler von A. u. M. Graef. Sechstegänzlich neubearbeitete Auflage. 40 Foliotafeln mit erklärendem Text. In Mappe. Preis 10 Mk., m. Porto 10,50 Mk.

Praktische modern. Möbel, Zimmer-einrichtungen in Perspektive gezeichnet an der Süddeutsch. Schreinerfachschule in Nürnberg. Selbstverlag von Direktor Karl Maibaum in Nürnberg. In Mappe. Preis 12,50 Mk., mit Porto 12,80 Mk.

Möbel im Jugendstil von M. Graef. 26 Foliotafeln nebst erklärendem Text und 8 Tafeln mit Werkstattzeichnungen. In Mappe. Preis 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

Der innere Ausbau. Umfassend Türen und Tore, Fenster und Fenster-schlüsse, Wand- und Deckenverfä-lungen, Treppen in Holz, Stein und Eisen. Von Professor Adolf Opperbecke, Direktor der Anhaltischen Baugewerkschule zu Zerbst. Zweite Auflage. 214 S. Preis broch. 5 Mk., mit Porto 5,30 Mk. Bei Nachnahmesendungen bis 5 Mk. 20 Pf. und über 5 Mk. 30 Pf. mehr.

Die Expedition der Holzarb.-Ztg.

Tischler-Fachschule Detmold

Werkführer- und Technikerkurse Befähigte Meister-Prüfung Programme frei durch die Direktion

Großer Nebenverdienst! Für Empfehlung resp. Einführung meiner anerkannt vorzüglichen Fabrikate, wie Spirituslack, Polituren, Beizen, Mattierungen **hohe Provision.** Gratz-zahl ich zur Fertig. G. Bratsch, Reinickendorf-Berlin.

Abziehsteine Spezial-Preisliste gratis und franko.

Sie sparen viel Geld! Anzugstoffe, Neuheiten in glatt und gemustert zu eleganten Promenadkleidern, Kleiderleinen, Zephyre, Kattune und Musseline, reichste Auswahl, solid im Tragen. Versand meterweise zu Engrospreisen. Verlangen Sie portofreie Zusendung der neuesten Muster ohne Kaufzwang!

Tuchausstellung Augsburg 271 Wimpfheimer & Cie.

Stomkes Städtebuch

Reiseführer durch Deutschland u. ang. Länder mit Eisenbahn- u. Wegekarte, 356 Seiten, geb. Mt. 1,20. In alt. Buchhdl. zu haben od. geg. Eins. von Mt. 1,40 bei G. Stomke, Stelefeld.

Gänsefedern.

Streng reelle und billigste Bezugsquelle! In mehr als 150 000 Familien im Gebrauche!

Gänsefedern u. alle ander. Sorten Gänsefedern, Neuheit u. beste Qualität, garantiert! Gute, preisw. Bettfedern p. Pfund für 0,80; 1 Mt.; 1,40. Prima Halb-dannen 1,00; 1,80. Polarfedern: halbweiß 2, weiß 2,50. Silberweiße Bettfedern 3; 3,50; 4; 5. Acht stines. Gänsedannen 2,50. Polar-dannen 3; 4; 5 Mt. Jede beliebige Pfundzahl sollfrei gegen Nachnahme! Zurücknahme auf unsere Kosten!

Pecher & Co. in Herford W. Nr. 2214 in Westfalen. Proben und Preislisten, auch über Bettstoffe und fertige Betten, kostenfrei. Angabe der Bezugszeiten für Federproben erwidert!

Reinickendorf (bei Berlin) Lack- und Politurfabrik

Paul Horn Fabrik chemischer Produkte Hamburg 23

Über die Eigenschaften und zweckmässigste Anwendung meiner folgenden Spezialitäten **Jubiläumskatalog,** ein Lehrbuch des Polierens, Beizens, Mattierens, Lackierens usw. des Holzes, gründlichen und leicht fasslichen Aufschluss:

Jubiläums-Politur, Patent-Politur, Kopal-Politur, Benzoe-Politur, Nitrierte Schellack-Politur, porenschliessende Untergrund-Politur, **Schellack-Porenfüller, Brunolin, Mattine, Bohnerwachs, Salonmatt.**

Politurglanzlacke, Kristallglanzlacke, Brillantlack, Petersburger Lack.

Schleif- und Polieröl. Farbige Porenpulver.

Spiritusbeizen, Ambranitbeizen, Wasserbeizen, Körnerbeizen, Salmiakbeizen.

Flintsteinpapier, Lederleime.

Polierspiritus usw. usw.

Mein Jubiläumskatalog, ein wirkliches Lehrbuch für die Praxis und die Werkstatt, ist von den hervorragendsten Fachautoritäten und der gesamten Fachpresse glänzend beurteilt worden. Preis Mk. 1,50.

Allen meinen verehrl. Kunden und solchen Interessenten, die mir eine Bestellung übermitteln, liefere ich dieses technische Lehrbuch aus Anlass meines 25jähr. Jubiläums gratis u. franko.

Ferner empfehle:

Der Buchhaltungs-Meister. Zweite verbesserte Auflage. Enthält in markiger Werkstattpsprache leicht fassliche und gründliche Anleitungen für jeden Gewerbetreibenden zur **Richtung einer geordneten Buchhaltung** und goldige Ratschläge für die Geschäftsführung. Herausgeber Paul Horn, Hamburg. Preis gebunden Mk. 1,25, broschiert Mk. 1.—. Zu beziehen vom Verlag H. Carly, Hamburg 1.

Verlag von Karl Plak in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.

Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund

gibt jungen intelligenten Arbeitern Gelegenheit kostenfrei unsere ideale Kurzschrift zu erlernen. Interessenten richten unter Beifügung üblicher Portos ihre Adresse an August Grimm, Frankfurt a. M., Alt. Markt.

Bitte ausschneiden, aufheben oder weitergeben.

Noch nie dagewesen!

Für nur 5 1/4 Mk. verl. wir per Nachn. 12 Monate zur Probe unsl. hoch-eleganten weltberühmten

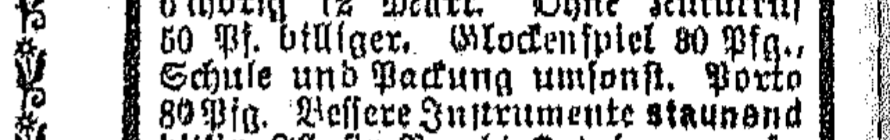


3-chörige Künstler-Harmonikas mit dem uns gel. geschätzten Aufsehen u. Bewunderung erregenden Kukuruf, welcher nach Bestehen in Anwendung gebracht werden kann. Prachtinstrumente mit unzerstörbaren Doppel-tönen, Gänsehörnern, 10 Tasten, 6 Register, 2 Klänge, Zubalter, H. Stichel-bildige, offene Claviatur, pracht-voller Orgelton. Muehler's welt-berühmte, extra große Triump-Har-monikas mit Kukuruf sollen in 2-chörig nur noch 4 1/2, 3-chörig nur noch 6 1/2, 4-chörig 8, 5-chörig 12, 6-chörig 18, 7-chörig 24, 8-chörig 30 Pf. billiger. Klavier- und 80 Pf. Schule und Padung unison. Porto 80 Pf. Bessere Instrumente staunend billig. Musik. Pracht-Katalog gr. u. fr. Muehler & Comp., Sackmühl-fabrik Neuenrade No. 92 i. Westfalen.

Ausnahme-Offerte! Taschenmesser No. 202

mit 2 prima Stahlklingen u. Korkzieher, Aluminium-hoht, vorziert mit Bildn. und Inschrift, unverwundlich, versenden wir gegen Nachnahme, nach Belieben mit Photographie der Herrrn Bebel, Singer oder Liebknecht, für nur 1,50 Mark franko Han. Ohne Bemerkung versenden wir das Messer wie Zeichnung (Bebel, Nichtkonventionen zahlen wir innerhalb 8 Tagen Betrag zurück, also kein Risiko. Katalog mit zirka 4000 Artikeln, enthält Stahlwaren, Gold- und Nickelwaren, Lederwaren, Pfeifen, Musikwaren, Spielwaren, Christbaum-sonnmuok, Waffen usw. versenden wir zu jedermal gratis und franko.

Versandhaus Gebrüder Bell Gräfrath 600 b. Solingen Stahlwarenfabrik Geogründet 1876.



berst schon 40 Jahre die vorzüglichen Spezialitäten wie schwarze und nussbraune Mattlack, wasserechte Mattierung, verbesserte Schellackpolitur u. die billigsten, tadellosten Politurlacke